Nr. 127. – 33. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

5 Pfennig

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando Vierteljährl. 3,90 Mk., monatl. 1,30 Mk., wöchentlich 30 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Postabonnement: 1,30 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 60 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Dienstag, den 9. Mai 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90—151 97.

Die Hauptsache.

Uns wird geschrieben:

Die Katastrophe, die wir an dem ewig denkwürdigen 4. August 1914 erlebten, hat jene unter uns überrascht, die glaubten, daß alle unsere Führer das Ziel fest im Auge hätten. So war es nicht. Nicht alle die, welche auf verantwortungsvollen Posten standen, scheinen gewußt zu haben, was die internationale sozialistische Bewegung erstrebt. Vielleicht waren und sind es noch die meisten, die erst auf eine große wirtschaftliche Umgestaltung als Vorbedingung der Realisierung des Sozialismus warten wollen. Allerdings sind die Vorstellungen hierüber sehr unbestimmt. So schreibt beispielsweise August Winnig in seiner Broschüre „Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie": „Der Sozialismus als Produktions- und Wirtschaftsform ist keine Frage der politischen Willenskundgebung; wohl kann seine frühere oder spätere Verwirklichung von politischen Zufälligkeiten abhängen, aber als Geschichtsepoche ist er eine Frage der Akkumulation des Kapitals, der ökonomischen Technik, der Bevölkerungsbewegung, mit einem Wort: der Entwickelung des Wirtschaftslebens in seiner Gesamtheit. Die Sozialisierung wird sich als neue Geschichtsepoche durchsetzen, wenn sie durch die ökonomischen Verhältnisse zur zwingenden Notwendigkeit geworden ist."

Auf welche „Sozialisierung" sollen wir geduldig warten? Ich meine die Wirtschaft sei für die Verwirklichung des Sozialismus längst reif. In allen Ländern des europäischen Kulturkreises überwiegt bei weitem der kollektive Wirtschaftsbetrieb. Die wirtschaftliche „Sozialisierung" ist Tatsache. Aber der gemeinsame Wirtschaftsbetrieb, wie er jetzt besteht, bringt einem kleinen Teil der dabei tätigen Menschen Vorteile, dem großen Teil aber Nachteile. Es ist wohl bekannt, daß unter dem nun vorherrschenden System des Privatkapitalismus die Arbeiter Mehrwert zu schaffen haben, der unmittelbar den Arbeitsanwendern zufällt. Wer Anteil an dem Mehrwert hat, ist in der Lage, mehr Güter zu verbrauchen und mehr Leistungen in Anspruch zu nehmen, als ihm nach seiner eigenen Leistung zukäme. Hieran schuld ist jedoch nicht die Wirtschafts- oder Produktionsweise, sondern die soziale Ordnung, der Bestand von Vorrechten, die auf der Geburt oder auf dem Besitz beruhen. Diese verursachen die meisten der sozialen Uebel, denen wir heute begegnen. Wie ist es möglich, diesen Vorrechten auf Aneignung von Mehrwert ein Ende zu bereiten? Das ist die Hauptsache in dem Streben der Sozialdemokratie. Die Arbeiterschaft sucht den ihr als Konsumenten zufallenden Anteil an den Gütern zu steigern, indem sie mit Hilfe der Gewerkschaften Lohnerhöhungen durchsetzt. Ueberdies sucht sie durch ihre Organisationen und durch die Gesetzgebung sonstige Verbesserungen ihrer Lebenslage zu erlangen. Aber damit wird keine Aenderung der sozialen Ordnung erzielt, die Vorrechte und die Erzeugung von Mehrwert verschwinden nicht.

Wie kann dieser Zustand geändert werden? Kann etwa der Staatssozialismus zum Ziele führen? Wenn diese Frage zu beantworten versucht wird, sollte zuerst festgestellt werden, was man unter „Staatssozialismus" begreift. Eine Erörterung hierüber würde jedoch zu weit führen. Nehmen wir deshalb jene Form des Staatssozialismus an, die besonders in den ersten Kriegsmonaten von vielen Politikern und Volkswirtschaftlern als gegenwärtig realisierbar, ja sogar als zweifellos bevorstehend, bezeichnet wurde, nämlich die Monopolisierung der Gütererzeugung und Verteilung durch Staats- und Gemeindebehörden. Die durch den Krieg geschaffene Lage wird vielfach als für eine Entwicklung in dieser Richtung günstig angesehen, und es wird gesagt, daß dort, wo der freie Wettbewerb oder das private Monopol durch das öffentliche Monopol ausgeschaltet wird, der Unternehmergewinn verschwindet, die „Ueberschüsse" der „Allgemeinheit" zufließen. Es ist gewiß, daß durch Einführung der öffentlichen Monopolwirtschaft der Privatkapitalismus verhältnismäßig leicht zu beseitigen wäre. Was aber wären die Folgen, die sich aus einer solchen Wandlung für die große Masse des Volkes ergeben? Der Einfluß, den die Staats- und Gemeindebürger auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Monopolbetrieben und auf die Verteilung der erzeugten Waren oder der zu leistenden Dienste haben, würde sich ganz nach dem Grade der politischen Demokratisierung des betreffenden Gemeinwesens richten, er würde besonders durch etwa bestehende Familien- oder Standesprivilegien in weitgehendem Maße bestimmt. Soll die staatliche und gemeindliche Monopolwirtschaft den Volksmassen zugute kommen, und nicht gewissen bevorzugten Ständen, so muß sie durch und durch auf demokratischen Grundsätzen beruhen. Innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung wäre aber eine gleichmäßige Verteilung der Erzeugnisse oder Leistungen der Staats- und Gemeindemonopole nicht denkbar. Die auf Vorrechten begründete Ordnung mag wohl in Zeiten schwerster Bedrängnis zur Brot- und Fleischkarte u. dgl. Zuflucht nehmen. Auf die Dauer aber wird sie solche Dinge nicht leiden.

Die Arbeiterschaft muß sich weiter fragen, wie sich unter dem System der öffentlichen Monopole bei gleichzeitigem Weiterbestand der jetzigen sozialen und rechtlichen Verhältnisse ihre Stellung in den Betrieben gestalten würde. Da ist es zweifellos, daß sie nach wie vor im Lohnverhältnis stünde, zwar nicht mit Privatunternehmern, aber mit den die Monopolbetriebe leitenden Behörden. Auch in der Beziehung gäbe es mithin keine grundsätzliche Aenderung — die Beseitigung des Lohnverhältnisses.

Gesellschaftlich käme bei allgemeiner oder doch weitgehender Einführung der öffentlichen Monopolwirtschaft die Verwendung der Betriebsüberschüsse — des Mehrwerts — ganz besonders in Betracht. Diese Ueberschüsse würden nicht mehr Privatpersonen, sondern dem Staat oder der Gemeinde zufallen. Wie würden sie verwendet? Darüber hätten jene Stellen zu entscheiden, welche die Macht in dem Gemeinwesen haben. Nur wenn dieses vollkommen demokratisch ist, hat das Volk selbst die Entscheidung. Von der vollkommenen Demokratie sind wir aber in Zentraleuropa noch weit entfernt. Wie die Dinge tatsächlich liegen, besteht vielmehr die Gefahr, daß die Ueberschüsse zur Stärkung jenes gesellschaftlichen Systems verwendet werden, das einen Wall gegen die Demokratie bildet.

Nach all dem ist es klar, daß in einem Gemeinwesen, in dem nicht das Volk selbst alles zu entscheiden hat, die Einführung der öffentlichen Monopolwirtschaft noch keineswegs bedeutet, daß den schaffenden Massen ein größerer Anteil an den Gütern und Leistungen der Volkswirtschaft zukommt; noch bedeutet sie, daß die Arbeiter entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsbedingungen hätten, und sie bietet auch keine Gewähr dafür, daß die Ueberschüsse nicht vornehmlich einer kleinen Minderheit zugute kommen, in einer Weise verwendet werden, die den Interessen der sozialen Demokratie widerspricht. — Immer kommen wir zu dem Schluß: Entscheidend ist für den Anteil der Massen am Wirtschaftserträgnis der Grad der sozialen Demokratisierung eines Gemeinwesens, der Bestand oder Nichtbestand von Vorrechten, worauf immer diese begründet sein mögen. Nur vollständige politische und soziale Demokratie ist die Sicherung dagegen, daß ein Teil der Angehörigen eines Gemeinwesens Vorteile auf Kosten der anderen genießen kann. Deshalb ist auch der Sozialismus in der Hauptsache eine politische Angelegenheit.

Ist die soziale Demokratie erreicht, so wird es nicht schwer sein, die Organisationen zu finden, welche das Wirtschaftsgetriebe lenken. Es müssen das nicht notwendigerweise Staat oder Gemeinden sein. Vielleicht sind dazu Organisationen der Produzenten oder der Konsumenten, die außerhalb des politischen Getriebes stehen — das es immer geben wird — sogar geeigneter.

Besonders auffallen muß es, wenn in unseren Reihen die Meinung geäußert wird, wir könnten das „Kommen des Sozialismus" nicht beschleunigen. Wenn der Sozialismus eine politische Sache ist, wie in den vorstehenden Zeilen zu zeigen versucht wurde, so ist eine solche Meinung ganz und gar irrig. Wenn wir nur warten wollen, bis der Sozialismus von selber kommt, haben wir lange gut warten. Der Kapitalismus zeigt keine Lust zum „Abdanken", und die Privilegierten zeigen keine Lust, ihre auf Geburt oder Besitz beruhenden Vorrechte hinzugeben; ihr materielles Interesse veranlaßt sie, daran festzuhalten, festzuhalten mit aller Kraft. Nie werden wir erwarten, daß sie selbstlos sagen: Wir wollen auch nicht mehr haben als ihr!

Aber es gibt eine große Schicht von Menschen, die ebenso materielles Interesse daran haben, die Vorrechte der anderen beseitigt zu sehen. Aber begreifen und verstehen können die meisten von ihnen dieses ihr eigenes materielles Interesse noch nicht, weil sie in den Banden der Tradition gefangen sind. Unsere Aufgabe, die Aufgabe derer, die ihre eigene Nachkommenschaft vor den Ungerechtigkeiten des privilegistischen Systems bewahren wollen, muß es sein, die Masse des Volkes über ihr Interesse an der Beseitigung der Vorrechte aufzuklären und den Weg zu zeigen, der dahin führt.

Amerika und die deutsche Note.

New York, 6. Mai. (Durch Funkspruch vom Vertreter von W. T. B.) „Associated Preß" meldet aus Washington vom 5. Mai: Heute spät am Abend wurde von maßgebender Seite erklärt, daß, wenn der amtliche Wortlaut der Note Deutschlands der nichtamtlichen Wiedergabe der Depeschen in den Zeitungen entspricht, die Vereinigten Staaten von Amerka die Versicherungen, die sie enthält, annehmen und die Erfüllung der Versprechen abwarten werden.

Englische Preßstimmen über die deutsche Note

London, 6. Mai. (W. T. B.) „Daily Chronicle" schreibt im Leitartikel: Der Zweck der langen Salbaderei der deutschen Note ist einfach, Zeit zu gewinnen. Was sie den Vereinigten Staaten anbietet, geschieht zu Bedingungen, die es wertlos machen. Es ist klar, daß die Antwort, die die deutsche Note auf die amerikanische Note gibt, überhaupt keine Antwort ist. „Daily News" sagt: Die wesentliche Tatsache ist, daß die deutsche Note den bestimmten Forderungen Amerikas in jedem Punkt entweder ausweicht, oder ihnen mit einem Zugeständnis begegnet, das durch die hinzugefügten Bedingungen zu entwertet ist, so daß es nahezu einer direkten Ablehnung gleichkommt. Die deutsche Note ist ein non possumus. Die amerikanische Note hat vorher gesagt, daß ein non possumus den Abbruch der diplomatischen Beziehungen herbeiführen müsse, und ein Abbruch der diplomatischen Beziehungen wird sich nicht lange von einem Kriegszustand unterscheiden lassen. „Morning Post" schreibt: Der Versuch der deutschen Note, die Regierungen von Amerika und England aufeinander zu hetzen, ist deutlich genug. Es ist ebenso klar, daß Deutschland ablehnt, die kategorischen Forderungen der amerikanischen Regierung anzunehmen. Selbst der Vorschlag, den Deutschland bedingungsweise macht, entspricht weder dem Völkerrecht noch den amerikanischen Forderungen, denn Deutschland behält sich das Recht vor, Handelsschiffe zu versenken, wenn sie Flucht oder Widerstand versuchen. Das Blatt fährt fort, die boshaften Anklagen und die wüsten Angriffe gegen Englaud seien so unverschämt, daß sie die Intelligenz der Amerikaner beleidigten; denn tatsächlich habe England nach 22 Monaten des Krieges noch nicht einmal von seinen vollen maritimen Rechten nach dem Völkerrecht Gebrauch gemacht. Deutschland scheine zu verlangen, daß seine Handelsflotte die Meere wie in Friedenszeiten benutzen dürfe und daß jede Erbeutung eines deutschen Handelsschiffes Deutschland die Freiheit geben solle, seine U-Booträuberei wieder aufzunehmen. Die Vereinigten Staaten würden also höflich aufgefordert, ihr ganzes eigenes Seekriegsrecht aufzuheben und außerdem Frankreich, England und Rußland herauszufordern. Hier steht die Ehre der Vereinigten Staaten auf dem Spiel. Die Nichterfüllung der Forderungen des Präsidenten muß weittragende Folgen haben; sie würde Amerika seiner moralischen Autorität berauben und seinen Anspruch, die schwächeren Neutralen zu vertreten, ad absurdum führen. Aber Deutschland ist nicht damit zufrieden, Bedingungen zu stellen, die es vielleicht nicht einmal einhalten würde, sondern es droht Amerika: wenn die Vereinigten Staaten die Bedingungen nicht annehmen, so behält sich Deutschland vollständige Freiheit der Entschließung vor. Die Absicht dieser wilden Drohung ist offenbar den Vereinigten Stvaten die Verantwortung für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen aufzubürden.

Die Vorgänge in Irland.

Dublin, 7. Mai. (W. T. B.) Hiesige Blätter melden, daß der Minister für öffentliche Arbeiten und frühere Kolonialminister Harcourt an Stelle des zurückgetreten Birrell zum Chefsekretär für Irland ernannt worden sei.

Dublin, 7. Mai. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Gräfin Markiewicz ist zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden. Zahlreiche Urteile auf Todesstrafe wurden gefällt, aber in Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer umgewandelt.

London, 8. Mai. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Einem Telegramm aus Dublin zufolge wurde John Mc Oneil, der Präsident der Sin-Feiner Freiwilligen, verhaftet. Mc Oneil war Professor an der Nationaluniversität.

Rotterdam, 8. Mai. (W. T. B.) Der „Rotterdamsche Courant" meldet aus London: Die irischen Nationalisten werden in ihrer morgigen Versammlung über die vorgeschlagene Einbeziehung Irlands in die Militärdienstbill und über die Entwaffnung der verschiedenen Freiwilligenheere in Irland, die jetzt um so notwendiger geworden ist, als zahlreiche Sin-Feiner flüchteten und sich verborgen halten, beraten.

Die irische Erhebung und die Syndikalisten.

Mit Erstaunen, schreibt die „Bataille" vom 1. Mai, werden viele von uns gehört haben, daß die irischen Syndikalisten mit den Nationalisten, den Sinn-Feiners, zusammengehen, aber die irischen Arbeiter sind stets von der Regierung, die die Sache der Kapitalisten vertrat, niedergehalten und von den englischen Parlamentariern mit Versprechungen getäuscht worden. Sie erkannten, daß sie nur auf ihre eigene Kraft zählen konnten. Als die Arbeiter nach langer Leidenszeit, in der sie den Hunger im wahrsten Sinne des Wortes kennen lernten, sich wieder den Kapitalisten unterwerfen mußten, blieb der Haß in ihren Herzen zurück. Es war die Vergeltung der Geschichte. In allen Lohnfragen wendete sich die englische Regierung gegen die Massen der Arbeiter und entfremdete sich dadurch den vorgeschrittensten Teil des Volkes, so daß dieser sich in der Zeit, wo England für sein Dasein kämpft, wo die europäische Zivilisation in Gefahr ist, sich fragte, ob nicht der Tag der Rache gekommen sei, selbst im Bunde mit den reaktionärsten Nationalisten und dem deutschen Imperialismus.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 8. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von Sonntag nachmittag. Südlich der Somme unternahmen die Deutschen nach einer kräftigen Artillerievorbereitung gestern abend einen Angriff auf unsere Gräben südlich von Lihons; sie wurden durch unser Sperrfeuer aufgehalten und ihr Angriff zersplitterte, bevor er unsere Drahthindernisse erreicht hatte. In der Gegend von Verdun war die Nacht nur durch anhaltendes und heftiges Artilleriefeuer in Gegend der Höhe 304 und im Abschnitt Haudromont bei dem Gehöft Thiaumont bemerkenswert. Südlich von St. Mihiel schlugen wir eine starke feindliche Aufklärungsabteilung zurück, die einen unserer kleinen Posten östlich von Bislee aufheben wollte. In Lothringen überraschten wir eine Patrouille, die in der Umgegend von Lanfricourt südöstlich von Romeny die Seille überschritten hatte. Vierzehn Gefangene wurden von uns mitgeführt. Im Laufe eines Sturmes hatten sich vorgestern an zwanzig unserer Fesselballons von ihren Haltetauen losgerissen. Einige von ihnen wurden in die deutschen Linien entführt, andere fielen in die französischen Linien nieder. Die Mehrzahl der Beobachter konnte durch den Gebrauch ihres Fallschirms

in unseren Linien zu Boden kommen. Man ist ohne Nachricht von einigen, die in die feindliche Zone entführt worden sind.

Paris, 8. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht von gestern abend. Auf dem linken Ufer der Maas folgte der außerordentlich heftigen Beschießung, die ohne Pause seit zwei Tagen in der Gegend der Höhe 304 andauert, heute ein starker deutscher Angriff auf unsere Front zwischen der Höhe 304 und dem „Toten Mann". Er wurde auf allen Teilen mit ernsten Verlusten zurückgewiesen, die dem Feinde durch unsere Maschinengewehre und das Feuer unserer Batterien zugefügt wurden, welche kräftig die deutschen Linien beschießen. Auf dem rechten Ufer unternahmen die Deutschen nach heftiger Artillerievorbereitung mehrere aufeinanderfolgende Angriffe auf unsere Gräben zwischen dem Walde von Haudromont und dem Fort Douaumont. Auf dem westlichen Teile dieser Front faßte der feindliche Angriff in einer Breite von etwa 500 Meter in Teilen unserer ersten Linie Fuß. Im Zentrum und Osten dieser Front wurden alle Angriffe zum Scheitern gebracht. Im Woevre-Gebiet starke Tätigkeit der Artillerie in den Abschnitten am Fuße der Maashöhen. Kein Ereignis von Bedeutung ist von der übrigen Front zu melden, außer der üblichen Artillerietätigkeit.

In Belgien schwächer Artilleriekampf im Abschnitte von Dixmuiden, wo unsere Geschütze Frachtkähne im Kanal von Handzeme beschossen.

Die englische Meldung.

London, 7. Mai. (W. T. B.) Haig berichtet: Heute nacht und am Tage beiderseitige Artillerietätigkeit in der Gegend von Marrieeourt, Therpval, Arras, Loos und Ypern.

Französische Kommando-Verschiebungen.

Paris, 8. Mai. (W. T. B.) „Temps" teilt mit: General Petain ist zum Oberbefehlshaber der Armeen des Zentrums ernannt worden; diese umfassen den Abschnitt von Soissons bis Verdun einschließlich. General Nivelle ist als Nachfolger des Generals Petain an die Spitze der Spezialarmee von Verdun getreten.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 8. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag, 7. Mai. Westfront: Bei dem Bahnhof Kockenhusen, östlich von Friedrichstadt, beschoß die feindliche Artillerie einen unserer Züge. — Galizien: Bei dem Dorfe Jozlowiec (12,5 Kilometer südlich Buczacz) kamen wir etwas vorwärts. — Kaukasus: Im Küstenabschnitt wiesen bereits unsere Vorhuten einen türkischen Angriff leicht ab. Nachdem wir in der Richtung auf Bagdad die befestigten Punkte der Stellung von Sermalkerind genommen hatten, gingen die Türken unter beträchtlichen Verlusten und in großer Eile nach Süden zurück. Sie ließen ein großes Zeltlager und eine Menge Material auf dem Platze. — Feststellungen ergaben, daß wir bei der Einnahme von Trapezunt 8 Küstengeschütze auf Laffetten, sechszöllige (15 Zentimeter) Geschütze, ein Feldgeschütz, mehr als tausend Gewehre, dreiundfünfzig Artillerie-Munitionswagen, Trains, Fahrzeuge und anderes wichtiges Kriegsgerät erbeutet haben.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 8. Mai. (W. T. B.) Amtlicher Bericht vom Sonntag. Die Artillerietätigkeit war ziemlich heftig im Abschnitte von Plava, wo der Feind eine unserer Sanitätsrichtungen beschoß. Auf der Höhe des Sabotino trafen unsere wohlgezielten Schüsse mehrere Male eine befestigte Stellung des Feindes. Kleine für uns günstige Infanteriegefechte fanden in der Gegend der Marmolata, im Visdendetal und auf dem Vodil (Monte Kero) statt. Sonst kein Ereignis von Bedeutung.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 8. Mai. (W. T. B.) Bericht des Hauptquartiers vom Sonntag:

Von der Irak- und Kaukasusfront ist nichts Wichtiges zu melden. Am 6. Mai warfen zwei feindliche Flugzeuge 10 Bomben auf ein im Roten Meer bei Akkabath kreuzendes Schiff und verletzten einen Soldaten leicht. Auf der Höhe von Imbros bewarfen ein Monitor und ein Kreuzer, unterstützt durch die Beobachtungen von Flugzeugen, wirkungslos die Umgebung von Sedd ul Bahr mit 40 Geschossen. Eins unserer Flugzeuge traf durch zwei Bomben den feindlichen Kreuzer, der in Rauch eingehüllt, die hohe See gewann. Am Gestade der Insel Keusten eröffneten ein Monitor, ein Torpedoboot und zwei feindliche Flugzeuge ihr Feuer gegen einige Küstenpunkte. Sie wurden aber infolge der Erwiderung unserer Artillerie gezwungen, das Feuer einzustellen. Der Monitor und das feindliche Torpedoboot wurden getroffen.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 8. Mai 1916. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die in den letzten Tagen auf dem linken Maasufer in der Hauptsache durch tapfere Pommern unter großen Schwierigkeiten, aber mit mäßigen Verlusten durchgeführten Operationen haben Erfolg gehabt. Trotz hartnäckigster Gegenwehr und wütender Gegenstöße des Feindes wurde das ganze Grabensystem am Nordhang der Höhe 304 genommen und unsere Linie bis auf die Höhe selbst vorgeschoben. Der Gegner hat außerordentlich schwere blutige Verluste erlitten, so daß an unverwundeten Gefangenen nur 40 Offiziere und 1280 Mann in unsere Hände fielen. Auch bei Entlastungsvorstößen gegen unsere Stellungen am Westhang des „Toten Mann" wurde er mit starker Einbuße überall abgewiesen.

Auf dem Ostufer entspannen sich beiderseits des Gehöftes Thiaumont erbitterte Gefechte, in denen der Feind östlich des Gehöftes unseren Truppen unter anderen Neger entgegenwarf. Ihr Angriff brach mit Verlust von 300 Gefangenen zusammen.

Bei den geschilderten Kämpfen wurden weitere frische französische Truppen festgestellt. Hiernach hat der Feind im Maasgebiet nunmehr, wenn man die nach voller Wiederauffüllung zum zweiten Male eingesetzten Teile mitzählt, die Kräfte von 51 Divisionen aufgewendet und damit reichlich das Doppelte der auf unserer Seite, der des Angreifers, bisher in den Kampf geführten Truppen.

Von der übrigen Front sind außer geglückten Patrouillenunternehmungen, so in der Gegend von Thiepval und Flirey, keine besonderen Ereignisse zu berichten.

Zwei französische Doppeldecker stürzten nach Flugkampf über der Cote de Froide Terre brennend ab.

Oestlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 8. Mai. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart:

Russischer und südöstlicher Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Einzelne Teile des Görzer Brückenkopfes und der Raum von San Martino standen gestern zeitweise unter lebhaftem Geschützfeuer. Westlich der Kirche dieses Ortes wurde ein Teil der feindlichen Stellung durch eine mächtige Minensprengung zerstört; die Italiener erlitten hierbei große Verluste. Am Nordhang des Monte San Michele nahmen unsere Truppen einen kleinen feindlichen Stützpunkt. Unsere Flieger warfen auf das gegnerische Lager bei Chiopris (südöstlich von Cormons) zahlreiche Bomben ab. In mehreren Abschnitten der Tiroler Ostfront und bei Riva kam es zu lebhafteren Artilleriekämpfen.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes.
v. Hoefer, Feldmarschalleutnant.

Vom U-Boot-Krieg.

Horten, 8. Mai. (W. T. B.) Meldung des Norwegischen Telegraphenbureaus. Der Dampfer „Rondane" von Kristiania landete gestern die acht Mann starke Besatzung von dem Göteborger Schooner „Harald", welcher am Freitag von einem deutschen U-Boot torpediert wurde. Die Mannschaft bekam fünfzehn Minuten Zeit, um in die Boote zu gehen; weil aber die See stürmisch war, bat sie, in das U-Boot aufgenommen zu werden, was geschah. Später wurde die Mannschaft an Bord des norwegischen Dampfers gebracht.

Toulon, 8. Mai. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Der Dampfer „Doukalla" ist gestern hier eingetroffen. Er war unterwegs von einem Unterseeboot angegriffen worden, aber durch Fahren im Zick-Zack dem Torpedo entgangen, der einen Meter entfernt am Steuer vorbeiging. Vom „Doukalla" wurden, als das Periskop des Unterseebootes sichtbar wurde, mehrere Kanonenschüsse auf dieses abgegeben, die ihr Ziel trafen.

Sozialistische Konferenz im Haag.

Bern, 8. Mai. (W. T. B.) „Temps" zufolge teilt das Internationale Sozialistische Bureau im Haag mit, daß daselbst am 26. Juni eine parlamentarische Konferenz von Abgeordneten der sozialistischen und der Arbeiterparteien der neutralen Staaten stattfinden wird.

Streik französischer Textilarbeiter.

Bern, 8. Mai. (W. T. B.) Wie „Temps" aus Grenoble meldet, haben die Webereiarbeiter in Vienne den Generalstreik beschlossen. Der Ausstand ist allgemein. Die Arbeiterschaft fordert Lohnerhöhungen.

Gefahr und Nutzen der Zensur.

Im „Oeuvre" vom 1. Mai schreibt Albert Mathiez, Professor an der Universität Besançon: Angeblich um die heilige Einigkeit zu schützen, die sie schließlich in Gefahr bringen wird, übt die Zensur eine unerträgliche Inquisition gegen alle, die sich nicht willig der preußischen Vorschrift, nicht zu räsonnieren, beugen. Für ihre Mißgriffe ist Herr Jules Gautier nicht verantwortlich. Er ist unfähig, eine Initiative zu ergreifen, die ihm nicht befohlen ist. Wenn er sich gegen die unschuldigsten Phrasen ereifert, so erscheint er mir weniger lächerlich als Herr Clemenceau vor den weißen Spalten des „Homme enchaîné". Lächerlich ist der frühere Ministerpräsident, der sich seit 21 Monaten so behandeln läßt, ohne darüber jemals im Parlament zu klagen. Ein einziger Parlamentsbeschluß würde die Zensur wieder in das Nichts zurückwerfen.

In einem demokratischen Staate sind in Wahrheit immer die Erwählten des Volkes verantwortlich. Die unsern haben nicht begriffen, daß vielleicht unsere einzige Ueberlegenheit über den Feind in dieser Freiheit bestand, die sie in der besten Absicht der heiligen Einigkeit geopfert haben.

Wie kann man nicht sehen, daß die Zensur notwendig gegen die Form der Regierung gleichgültig macht? Die Zensur ist das Barometer der öffentlichen Stimmung. Wenn sie nachsichtig ist, so fühlen sich die Regierenden des Morgen sicher. Wenn sie dagegen blind darauf los schneidet, so ist die Verdüsterung des politischen Horizonts der Grund. Der einzige Nutzen, den ich an der Zensur anerkenne, liegt darin, mich genau über die Strömungen in den amtlichen Kreisen zu unterrichten. Herr Gautier ist in der Politik der Prophet der Zeit.

Der Kampf gegen den Wucher in Rumänien.

Wie das Züricher „Volksrecht" mitteilt, ist der Sekretär der rumänischen sozialdemokratischen Partei, Genosse Marinescu, verhaftet und zu vierzehn Tagen Gefängnis verurteilt worden. Es ist dies die Antwort, die die rumänische Regierung dem Volk auf seinen Schrei nach Brot gibt. Die Verhaftung Marinescus bedeutet nämlich nichts Geringeres als eine direkte Unterstützung der Lebensmittelwucherer und Spekulanten, gegen die er in rücksichtsloser Schärfe den Kampf geführt hatte. Obwohl Rumänien ein Agrarland ist, leidet das Volk unter einer großen Teuerung, die einzig durch die Wucherer und Spekulanten erzeugt wurde. Anstatt daß die Regierung diesen Leuten das Handwerk legt, ist sie mit ihnen unter einer Decke. Ob sie aber mit ihrem Vorgehen gegen die Führer unserer Partei, die allein den Kampf gegen die Wucherer aufgenommen hat, diesen zu unterdrücken vermag, ist eine andere Frage. Zuletzt wird auch das arme ausgebeutete rumänische Volk fehlend werden. (z)

Kriegstage in Serbien.

Ein Berliner Genosse, der an dem Feldzug gegen die Serben teilnahm und dort verwundet wurde, sendet uns seine Eindrücke und Erlebnisse aus diesen Balkankämpfen:

Ins serbische Land.

Einige Wochen lagen wir in Südungarn, der kommenden Befehle harrend. Wir wurden eingekleidet und vorbereitet für den Gebirgskrieg, der uns, da wir fast alle brandenburgische Tieflandbewohner waren, besonders schwer erschien. Exerzitien und Marschübungen in die ungarischen Berge füllten die Zeit aus. Endlich kam der Tag des Abrückens. —

Immer näher kamen wir der Donau, bis sie endlich, ein breiter silbriger Streifen, vor uns lag. Noch einmal aßen wir auf verbündetem Boden. Die ersten serbischen Kanonen sandten uns ihre verderbenbringenden Grüße; doch sie verfehlten meist ihr Ziel, denn wir lagen ungesehen in einer Schlucht. Nur das Städtchen rechts von uns wurde getroffen. Der Himmel schien uns günstig. Regenwolken kamen und machten die Luft dick und undurchdringlich. — Noch eine Stunde Marsch, und wir standen am Ufer der Donau.

Drüben lag Serbien. Trotzig, als wollten sie den Einblick versagen, schoben die Berge sich an das Ufer heran, nur hier und da einen schmalen Pfad zum Aufstieg lassend. Das war unser Ziel. Immer tiefer sank die Sonne.

Man schien uns drüben nicht bemerkt zu haben. Ueber ein Eisenbahngleis schritten wir den großen Donaufrachtdampfern zu, die unserer Aufnahme harrten. Inzwischen kam die Nacht. Unsere Scheinwerfer blendeten vom hohen Bergesgipfel hinüber zum Feinde. Der Dampfer war voll; langsam prustend stieß er ab. Hat uns der Feind bemerkt? Ein gutgezielter Schuß und wir wären nicht mehr. Granaten sausen über uns hinweg. Unsere antworteten; doch schienen sie den Feind nach links abzulenken. In einer Einbuchtung legten wir an. Befehle wurden leise abgegeben. „Kompagnieweise antreten!"

Wir waren auf serbischem Boden. Wie wirds uns ergehen? Werden wir die Heimat noch einmal wiedersehen und wann? Das waren wohl die Gedanken, die alle beschäftigten. Noch einmal wurden wir leise vom Gruppenführer verlesen, ob alle zur Stelle seien. Dann wurde mit der Taschenlaterne ein Pfad gesucht und vorsichtig, so leise es irgend ging, ging es dem Feinde entgegen.

Das erste Gefecht.

Am Berghang, dem Feinde abgewendet, hatten wir uns eingegraben. Noch lagen wir in Reserve. Zwei Tage sollten wir Ruhe haben. Ein herbstlicher Dauerregen setzte ein und überschwemmte unsere friedliche Höhlenwohnung, so daß wir lieber der Höhle entflohen. Doch auch draußen war es nicht besser; wo wir hintraten, glitschten wir aus. Da kam endlich der Befehl zum Fertigmachen. Wir sollten nach vorn. Pochenden Herzens traten wir an. Heute sollten wir zum erstenmal dem als tapfer bekannten Kriegsvolk, den Serben, gegenübertreten.

Wir hatten den Berg erklommen. Links und rechts die Donau. Wir standen also auf einer serbischen Halbinsel. Drüben lag Ungarn. Der Tag brach an. Drüben auf dem Gipfel lag der Feind und begrüßte uns durch einige weittragende Schüsse. Links und rechts von uns schien ein heißer Kampf entbrannt zu sein. Eine lange, breite Talmulde lag vor uns; durch sie mußten wir, um an den Feind zu kommen; wir boten ihm also ein sicheres Ziel. Doch unsere Artillerie ließ sein Feuer nicht zur vollen Geltung kommen. Sprungweises Vorgehen, wobei wir das Gelände möglichst ausnützten, brachte uns dem Feinde immer näher. Immer mehr bekamen wir das Feuer zu spüren. Wenn unsere Artillerie aussetzte, überschüttete uns ein Regen von Geschossen. Wir hatten schon manchen Verlust. Doch weiter ging es. Die Artillerie verstummte ganz. Die Stellung schien sturmreif zu sein. Wir glaubten auch schon den Befehl zu hören; doch siehe da, das feindliche Feuer ließ nach, es hörte ganz auf. Der Feind war geflohen.

Befreit atmeten wir auf. Ohne eigentlichen Kampf, nur durch vereinzeltes Feuern hatten wir die erste Stellung genommen. Freilich, ohne die Artillerie hätten wir einen schweren Stand gehabt.

Doch weiter, hieß es, den Serben nach.

Mühselig keuchten wir den steilen Berg hinan, uns an jedem kleinen Gesträuch festhaltend, damit wir nicht rücklings hinunterkollerten. Endlich kamen wir oben an. Ob wir diese Höhe hätten stürmen können? Wir dampften wie die Pferde, die Beine zitterten. Die serbische Stellung lag vor uns. Es war kein Graben; ein Haufen Schutt, dazwischen Leichen, zerfetzte Körperteile, Kleidungsstücke usw. Ein paar verwundete Serben glotzten uns ängstlich oder apathisch an. Für sie war der Krieg zu Ende. Wann ist er's für uns?

Das war der erste Steg in Serbien. Es war dasselbe Bild wie in Polen, im Westen und überall, wo Krieg Verwüstung und Elend schafft. Vor meinen Augen steht die vergewaltigte Menschheit und ihre zertretene Kultur.

Auf der Verfolgung.

Eine kleine Ruhepause, und weiter ging es, dem fliehenden Feinde nach. Zwar hatte sich der Himmel geklärt, aber nach ein paar Stunden Marsch schwebten graue, düstere Wolken über unseren Häuptern. Bald hatte der Regen unsere Kleidung durchnäßt. Eine trübe Stimmung bemächtigte sich aller. Dicke Lehmkrusten erschwerten das Laufen, der Schlamm spritzte uns ins Gesicht, bedeckte unsere Kleidung, so daß uns ein humorvoller Berliner Kamerad mit gefleckten Lehmaffen, denen die Zungen aus den Hälsen hängen, verglich. Mühsam nur ging es vorwärts. Alle paar Minuten lag einer der Kameraden im Schlamm; ein Lachen begleitete sein Unglück, wenn er sich wieder emporgerafft hatte.

Von früh bis Abend wanderten wir so. Auf einem hochgelegenen Maisfelde machten wir schließlich Halt. Hungrig wollten wir über unsere Mundvorräte herfallen, da kam das Kommando: „Deckung nehmen und sofort eingraben, daß der Feind uns hier nicht entdeckt." Wie wir erfuhren, hatten wir die linke Flanke zu sichern und den Feind umgangen, daher auch der lange Marsch. Leicht war das nicht. Von Landstraßen ist hier keine Rede. Ueber durchweichte Maisfelder, über wilde Schluchten und Berge auf engen Pfaden, durch Sümpfe und Wälder, manchmal auf allen Vieren, geht es vorwärts.

Manches Ermunterungswort des Führers bedurfte es, um uns wieder anzufeuern. Die Dunkelheit war angebrochen. Doch wir durften nicht ruhen, durften uns noch nicht stärken. Erst mußten wir uns eingegraben haben. Da kam die erfreuliche Kunde, daß es um 1 Uhr warmes Essen und Kaffee geben sollte. Mit neuem Eifer ging's ans Werk, um sobald als möglich ruhen zu können. Einige Stunden vergingen in emsiger Tätigkeit. Der Regen hatte längst aufgehört, und der Mond blinzelte hin und wieder auf unsere von hohen Maisstauden verdeckte Stellung. Viele lagen schon im tiefen Schlaf, nur hier und da klang noch ein Spaten, den letzten Stich zu tun. Die Wachen allein lugten scharf ins Weite. Eine tiefe Schlucht lag vor uns. Gespenstisch bewegte der scharfe Wind Strauch und Baum hin und her. Es wurde 1, 2 und 3 Uhr. Nichts von Verpflegung zu merken. Der erste Schlaf war vorüber und der Hunger machte sich verstärkt bemerkbar. Der geringe Brotvorrat war von den meisten schon aufgezehrt. Das Herankommen der Bagage schien unmöglich zu sein. In großen Kochtisten, auf Maulesel oder Gebirgspferde geladen, mußte alles mühsam herangeschleppt werden. Es schien, als wenn auch heut die Menschen wieder mehr geleistet hatten als diese Tiere. Der Regen setzte wieder ein, es wurde Morgen, die Verpflegung kam nicht. Nur der Feind bemerkte uns und sandte statt des erwarteten Kaffees einige Granaten und Schrapnells herüber. Ein verdammt schlechter Tausch. „Sofort volle Deckung nehmen," scholl das Kommando.

Es war bereits sechs Uhr. Da hieß es endlich, der Kaffee kommt. Essen gab es nicht. Von jeder Gruppe sollte ein Mann hinunter und den Lebenswecker holen. Eine gute Stunde verging, ehe sie zurückkamen. Der Kaffee war kalt, und wir, die wir vorn lagen, gingen leer aus, denn er war inzwischen alle geworden. Mit einem Fluch griffen wir zu einem Stück trocken Kommißbrot, das heißt, wer noch etwas hatte. Aber schon hieß es: „Fertigmachen", und weiter ging es, dem Feinde nach.

Ein herrlicher Tag brach an. Klar und heiß schien die Sonne herab. Dasselbe Spiel wie gestern. Ein mühseliger Marsch, kein Essen, kein Wasser, nirgends ein Quell zu entdecken. Das letzte Stück Brot, der letzte Schluck Kaffee war schon längst verschwunden. Immer häufiger mußten wir vor Erschöpfung Rast machen. Ausgehungert wie wir waren, kauten wir Maiskörner und bissen in Kürbisse, die hier zahlreich wachsen. Verschiedene nahmen ihre Becher und schöpften das schmutzige Wasser aus den Rinnsalen und Moderpfützen, die sich in den Wagen- oder Fußspuren gesammelt hatten. Es war zwar verboten, doch es sah ja niemand.

Bis gegen Abend ging es so fort, dann konnten wir endlich Rast machen. Es war auch die höchste Zeit, denn ohne jede Verpflegung wären wir wohl kaum noch eine Stunde weiter gekommen. Dies schienen auch die Vorgesetzten einzusehen, die auch erschöpft waren. Nun lagen wir am Waldeingang, vor uns ein Dorf, und harrten, bis die Bagage heran war. In der Nacht bekamen wir endlich Essen und Trinken. Einzelne waren nicht ohne Gefahr ins Dorf gegangen und brachten Wein, Eier, Hühner, Schmalz und allerlei zum Essen angeschleppt. Nachher hörten wir, daß wir hier einen ganzen Tag in Reserve verweilen würden. Schnell ein paar Zeilen nach Hause geschrieben.

Wir säubern ein Dorf.

Die Serben waren wieder mal zurückgetrieben und hatten sich auf der ersten Anhöhe hinter dem Dorfe festgesetzt. Es lag also

Vom mexikanisch-amerikanischen Konflikt.

El Paso (Texas), 8. Mai. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Fünfzig Anhänger Villas zogen Freitag nacht über den Rio Grande bei Glensprings und überfielen den aus zehn Mann bestehenden Wachtposten. Die Banditen töteten vier Soldaten und einen Jungen, verwundeten vier Soldaten und entkamen dann.

Islamitische Probleme.

Seit dem Eintritt der Türkei in den Weltkrieg an der Seite der „Mittelmächte" sind die Zukunftsaussichten der türkischen Gebiete in zahllosen Veröffentlichungen außerordentlich günstig beurteilt worden. Die übertriebensten Hoffnungen haben fanatische Gläubige gefunden. Ein Wort der ruhigen Selbstbesinnung hörte man selten. Um so angenehmer berührt es, jetzt aus dem Munde eines kenntnisreichen Imperialisten Gedanken zu hören, die darauf hinweisen, daß in der gepriesenen „Erschließung" türkischer Gebiete ein überaus ernstes Problem verborgen liegt. Paul Rohrbach ist es, der in seinem „Weltpolitischen Wanderbuch" solchen Gedanken Raum gibt. Er schreibt dort: „Wir Deutsche freuen uns darauf, das Morgenland wieder zum Leben zu rufen. Sehen wir aber auch, daß zu diesem Werke mehr gehört, als daß man Kapital aufzubringen, Eisenbahnen zu bauen und Baumwolle zu pflanzen versteht?" „Wissen wir, was der Islam bedeutet? Haben wir eine Vorstellung davon, wie wir uns mit ihm auseinandersetzen wollen, wenn durch unsere stärker wirkende Arbeit an der Erneuerung der materiellen Kultur des Orients die Tiefen des religiösen Empfindens aller dieser Menschen hier in Bewegung geraten?"

„Hier halten wir auch für die Gegenwart den Schlüssel zu dem großen Kulturproblem des Orients in der Hand. Der Islam erscheint nach der einen Seite hin zwar nicht unfähig, eine gewisse staatlich-soziale Kultur zu tragen, insofern er die Ideale der Gerechtigkeit und auch der Hilfspflicht gegen den Schwachen kennt; trotzdem aber wirkt er kulturstörend wegen seines doppelten Rechts für den Gläubigen und den Ungläubigen . . ."

„Auch wenn das Hilfsmittel einer politischen Freundschaft zwischen den Türken und uns erhalten bleibt . . ., so wird doch eines Tages offenbar werden, daß wir es im Orient mit einer Welt zu tun haben, die tausend Jahre lang denken gelernt hat: die Moslems sollen die Herren sein und die Ungläubigen die Diener. Noch Moltke erlebte, daß es zu seiner Zeit in der Türkei nicht möglich war, dem gemeinen Soldaten zu befehlen, daß er die Gjaur-Offiziere im Dienst des Padischah grüßte, weil die Leute fest glaubten, in aller ihrer Niedrigkeit seien sie vor Allah etwas unendlich Besseres, als der große Gjaur, auch wenn der Sultan ihn benutzte und gut belohnte. So etwas wird heutzutage äußerlich nur noch selten vorkommen, aber im Unterbewußtsein aller Mohammedaner ohne Ausnahme ist und bleibt der Glaube an das schlechtere Recht aller Nichtmoslems noch auf lange hinaus maßgebend, und wenn Spannungen oder Konflikte kommen, so kann das eines Tages mit gefährlicher Gewalt hervorbrechen. Solange in der Tiefe bei Hoch und Niedrig der Glaube an das göttliche Vorzugsrecht des Mohammedaners und des mohammedanischen Staates lebt, steht der Europäer im Orient wie auf der Eisdecke eines Gewässers, die zwar Lasten trägt, so lange die Flut darunter sich unverändert hält, die aber in Scherben bricht, wenn das Wasser zu sinken anfängt."

Diese Sätze sind schon 1901 geschrieben worden. Zehn Jahre später — 1911 — kam Rohrbach wieder auf dies Thema zurück. Er schrieb darüber: „Vor zwei Jahren, nach den Massakers von Adana, erließ unter dem Einfluß der jungtürkischen Regierung der oberste Religionsbeamte im Reich, der Scheich ul-Islam, ein geheimes Toleranzedikt an die geistlichen Behörden, in dem der Versuch unternommen wird, aus dem Koran Sätze religiöser Duldung abzuleiten." „Wenn es möglich wäre zu glauben, daß solche Worte mehr bedeuten, als ein augenblickliches Liberalisieren der herrschenden Gruppe, und vor allen Dingen, daß die mohammedanischen Massen etwas Derartiges auf die Dauer verstehen werden, so wäre es sehr schön — aber ich halte eins für so zweifelhaft wie das andere."

Rohrbach schließt die Ausführungen über dieses Thema mit dem Hinweis: „Das neue, jungtürkische Zeitalter führt für die Türken entweder eine innerpolitische Katastrophe herbei und danach die Auflösung oder — durch die Verbindung mit Deutschland und die Militärreform — eine ausgesprochene Kräftigung des osmanischen Staats und des osmanischen Selbstbewußtseins. Dann aber wird die Rückwirkung auf den Islam nicht ausbleiben. Je stärker die Türkei ist, desto entschiedener wird sie auch mohammedanisch sein wollen — und ich kann mir nicht denken, daß das ohne Rückwirkung auf ihr Verhältnis zu uns bleibt. Wenn aus dem Brunnen Rebekkas Wasser für die Kessel der Bagdadbahn geschöpft wird, dann wird die Krisis des Islam kommen, vom Balkan bis Bagdad, und dann wird es in Konstantinopel wahrscheinlich schwerer als heute sein, Toleranzedikte für die Christen unter und neben dem Halbmond zu schreiben."

Diese Gedanken sind zwar vor dem Kriege niedergeschrieben worden, aber ihre Veröffentlichung während des Krieges beweist, daß sich Rohrbach auch jetzt noch zu ihnen bekennt. —etz— (z)

Ziele der deutschen Kolonialpolitik.

Der Hamburger Vortrag des Staatssekretärs des Reichskolonialamts Dr. Solf gibt dem Auslandspolitiker der „Deutschen Tageszeitung", Graf E. Reventlow, Veranlassung, sich ausführlich über die Ziele der deutschen Kolonialpolitik zu verbreiten. Nach seiner Darstellung, die zum Teil an die Ausführungen Dr. Solfs anknüpft, gibt es in den politischen Kreisen, die für eine aktive Kolonialpolitik eintreten, drei verschiedene Strömungen, die sich durch ihre Zielrichtung voneinander unterscheiden. Eine Gruppe, gegen die der Staatssekretär und mit ihm in verschärfter Form Graf Reventlow sich wendet, tritt vorwiegend für eine auf den Begriff „Mitteleuropa" gestellte Politik ein. Ueber diese Gruppe schreibt Reventlow, indem er sich den Anschein gibt, als habe er erst aus dem Munde des Staatssekretärs von der Existenz einer solchen Gruppe gehört:

„Wir hatten bisher gedacht, daß diese Richtung allerdings eine Kolonialpolitik wolle, aber hoffe, sie (was Uebersee betrifft) sozusagen mit einem kleinen Sprunge von Kleinasien bzw. Mesopotamien aus nach Afrika hin erfolgreich erledigen zu können. Dabei gibt man sich in diesen Kreisen der schönen Hoffnung hin: dauernd am Suezkanal die Hand an der Gurgel Großbritanniens halten und es durch dieses einfache Mittel zu allem zwingen und alles auf diese Weise nach dem alten Rezept „Weltpolitik und kein Krieg" erreichen zu können. Wie gesagt, ist uns neu, daß Vertreter einer überseeischen Mitteleuropapolitik überhaupt überseeischer Kolonialpolitik entgegen seien. Immerhin von wesentlicher Stärke kann diese Strömung kaum sein."

Größer und stärker erscheint dem Auslandspolitiker der „Deutschen Tageszeitung" eine zweite Gruppe, die auf dem Boden der sogenannten „Faustpfandtheorie" steht. Nach Reventlow vertritt diese Gruppe die Ansicht, „eine Uebersee ausgreifende tätige deutsche Kolonialpolitik könne auf die Dauer erfolgreich getrieben werden, ohne daß sie als feste Grundlage durch Freiheit der Meere aus eigener deutscher Kraft uns gewährleistet sei". Diesen Standpunkt bezeichnet Reventlow als verfehlt:

„Ein überseeisches deutsches Kolonialreich ohne die feste Grundlage der Freiheit der Meere aus eigener Kraft würde nur ein Zurmietewohnen bei den überseeischen Weltmächten bedeuten und in einem späteren Kriege wieder verloren gehen. Darauf wird dann erwidert: gut, wir werden sie auch dann wiederbekommen, denn über ihr Schicksal wird auf dem europäischen Festlande entschieden."

Erheblich „billiger" würde es nach seiner Meinung sein, daß die „Kolonien im Kriege nicht verloren gingen". Hierzu bedürfe es aber — und hier formuliert Reventlow den Standpunkt der dritten Gruppe, die man wohl als die der extremen Kolonialpolitiker bezeichnen darf — „ausschließlich eine entsprechende deutsche Kraft auf und an der See." „Diese müßte — fährt er fort — an den deutschen Küsten ihren Schwerpunkt haben."

Neben dieser Darstellung, deren unmittelbarer Zweck bei der jetzigen politischen Lage ohne weiteres klar ist, ist noch der Schluß des Reventlowschen Artikels bezeichnend:

„Man kommt mithin in keiner Betrachtung künftiger Kolonialpolitik um das maritime Problem herum. Und sich damit beruhigen zu wollen, daß nach diesem großen Kriege keiner wiederkommen, daß das Deutsche Reich niemals wieder einer so starken Koalition, geschweige denn einer noch stärkeren gegenüberstehen werde, — das wäre ein Beruhigungsmittel, vor dessen Benutzung auch der verwegenste Konjekturalpolitiker zurückscheuen dürfte."

Es ist erfreulich, daß der journalistische Vertreter der oben charakterisierten „dritten Gruppe" mindestens offen darlegt, zu welchen Konsequenzen die Ziele dieser Gruppe notwendigerweise führen müssen. (z)

Politische Uebersicht.

Jugend und Reichsvereinsgesetznovelle.

Aehnlich wie die „Kreuz-Zeitung" sucht nun auch der konservative Abgeordnete Dr. Oertel in der von ihm geleiteten „Deutschen Tageszeitung" die Reichsvereinsnovelle als sittliche Gefahr für die Jugend darzustellen. Er beruft sich dabei auf eine Rede des damaligen Staatssekretärs im Reichsamt des Innern, jetzigen Reichskanzlers vom 9. Dezember 1907, in der Bethmann Hollweg sich scharf gegen die Sozialdemokratie wandte. Oertel bemerkt dazu:

„Wir wollen auf die damaligen Ausführungen des Herrn von Bethmann Hollweg jetzt in den Zeiten des Burgfriedens nicht näher eingehen, zumal da sie sich auf die Beteiligung Jugendlicher an rein politischen Erörterungen beziehen. Es liegt uns auch vollkommen fern, sie zur Begründung unserer Haltung gegenüber dem jetzigen Gesetzentwurf zu benutzen. Man mag zur Sozialdemokratie stehen, wie man will, darin hat der Herr Reichskanzler für alle Zeiten recht, wenn er sagt, daß jeder, der unsere Jugend lieb habe, wünschen müsse, daß sie nicht in dem Bann des Klassenhasses, sondern in menschlich freier Luft aufwachse. Wir teilen diesen Wunsch, ja wir gehen noch weiter, wir wünschen, daß unsere Jugend nicht vor der Zeit in den Klassenkampf gezerrt werde. Und diese Folge wird, wie wir befürchten, eintreten, wenn der Entwurf Gesetz werden sollte. Deshalb ist es uns unmöglich, ihm zuzustimmen."

Die Belehrung Jugendlicher über sozial- und wirtschaftspolitische Fragen, deren Erörterung nach der Gesetznovelle gestattet sein solle, ist also Herrn Oertel und den Konservativen unerwünscht, trotz des im Kriege noch gesteigerten Anteils der Jugendlichen am Wirtschaftsleben.

Die Nationalliberalen zur U-Boot-Note.

In einer Vertreterversammlung der nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen wurde nach einem Vortrag des Provinzialvorsitzenden Reichs- und Landtagsabgeordneten Schiffer über die allgemeine politische Lage fast einstimmig folgende Entschließung angenommen: Das deutsche Volk empfindet das Nachgeben gegen die amerikanischen Forderungen als ein schweres Opfer. Aber für uns gilt nur eins: der Sieg. Einmütig stellen wir uns in dieser ernsten Stunde hinter die Reichsleitung und die von ihr auf Grund umfassender und gewissenhafter Erwägungen getroffene Entscheidung. Jetzt müssen alle Meinungsverschiedenheiten zurücktreten. Einheit und Entschlossenheit unseres Volkes sind die unerläßlichen Vorbedingungen für den heißersehnten Endsieg. — In einer weiteren Entschließung befaßte sich der Vertretertag mit der Ernährungsfrage.

Aus der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

Den Antrag auf Haftentlassung Liebknechts wird Genosse Landsberg begründen. — Als Redner für den Gesetzentwurf betreffend Festsetzung von Kriegsschäden wurde Genosse Emmel bestimmt. — Zum Entwurf einer Abänderung des Reichsvereinsgesetzes werden die Genossen Legien und Heine sprechen. — Zum Postetat ernannte die Fraktion den Genossen Taubadel als Redner. — Außer einer Anzahl anderer sozialpolitischer Anträge wird die Fraktion im Plenum auch noch den Antrag einbringen, die Familienunterstützung für die Angehörigen von Kriegsteilnehmern zu erhöhen.

Staatssekretär Delbrück noch krank.

Amtlich. Berlin, 8. Mai. (W. T. B.) Der Staatssekretär des Innern, Staatsminister Dr. Delbrück, der an Furunkulose litt und nach dreiwöchigem Urlaub kürzlich wieder seine Dienstgeschäfte übernommen hatte, ist noch nicht völlig wiederhergestellt. Er muß deshalb vorläufig dem Dienste fernbleiben.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" für die „wahren Interessen" der Arbeiter.

Das Organ der westdeutschen Kohlen- und Eisenindustriellen, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", die sehr eifrig die Erzeugnisse der Baumeisterschen Internationalen Korrespondenz nachdruckt, veröffentlicht in ihrer Montagsnummer auch die — von uns bereits wiedergegebenen — Ausführungen von Hugo Poetzsch über die „Minierarbeit der Opposition" und knüpft hieran folgende Bemerkungen:

„Wir haben bereits vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß bei den inneren Streitigkeiten in der sozialdemokratischen Partei sich die bekannten sozialistischen Methoden der Massenbeeinflussung nun an der eigenen Organisation rächen werden. . . . Diese Gassenmethoden hatten zur Folge, daß die sozialistischen Arbeiter von dem Gedankenkreise der übrigen Welt vollständig abgeschlossen wurden und die Parteileitung buchte diesen Erfolg wohl als einen besonderen Gewinn, da die Gefahr der Fahnenflucht durch die rednerischen und handgreiflichen Machtmittel auf ein geringes Maß beschränkt wurde, aber der große und vielleicht erst heute von der Parteileitung in seiner Bedeutung erkannte Fehler war doch, daß man damit gleichzeitig den Wert der ernsten und praktischen sozialen Mitarbeit vor der staatlichen und bürgerlichen Oeffentlichkeit verdeckte. . . .

Als der Gang des Krieges den Zwiespalt in die Reihen der deutschen Sozialdemokraten trug, stellten sich die beiden Richtungen einander gegenüber, die sich innerlich nicht minder wesensfremd sind, wie Sozialdemokratie und Bürgertum. Der auf seine praktischen Erfolge schauende Teil der Partei verspürte keine Lust, die großen Errungenschaften den traditionellen Phrasen zuliebe preiszugeben. Der andere Teil war auf die Phrasen so eingeschworen, daß er weder Verständnis noch Verantwortungsgefühl genug besaß, um den Wert praktischer Arbeit im Staate abmessen zu können. Bei dem nun folgenden Kampf um die Massen hatten die Praktiker nur stumpfe Waffen, da sie mit Gründen fechten mußten, die vor dem jahrzehntelang anders geführten Arbeitervolke als verdächtig „bürgerlich" erscheinen mußten, während die radikalen Phrasenmänner den allgewohnten Honig der Demagogie von ihren Lippen fließen ließen. So ist es möglich, daß zwei Leute wie Liebknecht und Rühle es in der Hand haben, mit Hilfe der gleichgearteten Parteifunktionäre die ganze Partei zu revolutionieren gegen die wahren Interessen der Arbeiter."

Da kaum anzunehmen ist, daß die kühlen Rechner des großkapitalistischen Unternehmerorgans ihre Grundanschauungen über das Wesen der Arbeiterbewegung und ihre Bekämpfung geändert haben, so muß doch wohl ein bestimmter Grund vorliegen, weshalb sie die Gegner der „traditionellen Phrasen" als die Vertreter der „wahren Interessen der Arbeiter" preisen.

Erschwerung der Tabakversorgung.

Den „Vereinigten Tabak-Zeitungen" wird aus Amsterdam telegraphisch gemeldet, daß die holländische Regierung eine Kontingentierung der Tabakausfuhr mit einer Kürzung von 15 Proz. für den eigenen Bedarf beabsichtigt. Damit ist die nun schon so lange anhaltende Versteifung des Rohtabakmarktes auch für die Zukunft befestigt und eine weitere Preissteigerung trotz ihrer jetzt schon unglaublichen Höhe zu erwarten. Das genannte Fachblatt ist der Ansicht, daß der Reichstag die Tabaksteuervorlage nunmehr unbedingt fallen lassen müßte.

Wiederaufnahme unterbrochener Strafvollstreckung.

Im „Justizministerialblatt vom 5. Mai wird folgende Verfügung des preußischen Justizministers vom 27. April veröffentlicht:

„Seit Beginn des Krieges sind zahlreiche zu Gefängnisstrafen verurteilte Personen wegen zeitweiliger Räumung von Gefängnissen oder zur Erledigung dringender Arbeiten oder aus ähnlichen Gründen aus dem Gefängnisse entlassen worden, ohne daß sie in das Heer eingestellt worden wären. In solchen Fällen kann es eine unbillige Härte bedeuten, wenn ein Verurteilter zur Verbüßung einer kleinen Strafe oder eines im Verhältnis zu dem bereits verbüßten Strafteil unerheblichen Strafrestes die Strafe wieder antreten müßten. Die Ersten Staatsanwälte haben deshalb — wie es bisher schon vielfach geschehen — in geeigneten Fällen von Amtswegen vor Wiederaufnahme der Strafvollstreckung über die Einwirkung eines Gnadenerweises oder einer sonstigen Vergünstigung an mich zu berichten. Soweit die Vollstreckung den Amtsgerichten obliegt, haben diese in Fällen, in denen eine Berichterstattung in Frage kommt, die Akten dem Ersten Staatsanwalt vorzulegen."

Rückständigkeit einer Stadtvertretung.

Bei der Beratung des Haushaltsplans der Stadt Vegesack bei Bremen im Stadtverordnetenkollegium versuchten unsere Genossen die Aufhebung des Schulgeldes für die Volksschule zu erzielen. Aber der Antrag erhielt nicht einmal die genügende Unterstützung und konnte daher gar nicht zur Beratung gestellt werden. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag forderte: 1. Regelmäßige ärztliche und zahnärztliche Untersuchung der Volksschulkinder 2. bei eventuell festgestellten Krankheitserscheinungen die Kosten des Heilverfahrens aus städtischen Mitteln zu bestreiten. Der Antrag wurde gegen fünf Stimmen abgelehnt. Daraufhin zogen unsere Genossen den zweiten Teil des Antrags zurück, worauf der verbleibende erste Teil einstimmig angenommen wurde.

---

noch im Bereich ihrer Geschosse. Ein halbstündiges Feuern unsererseits trieb sie zur zweiten Bergreihe zurück. Das Dorf selbst lag nämlich in einem Talkessel, umgeben von bewaldeten Höhen, die fast eiegenmäßig aufstiegen. Nun hieß es, das Nest von Feinden zu säubern.

Ungefährlich schien das nicht. Der Feind konnte unser Tun vom Berge aus genau beobachten und war außerdem durch Waldstreifen gedeckt, während für uns der Ausblick sehr erschwert war. Doch der Befehl kam, und es ging an die Arbeit.

Auf beiden Seiten der verlängerten Dorfstraße ging unsere Kompagnie mit geladenem Gewehr gegen das Dorf vor.

Vor dem Dorf versperrte ein Breitenzaun den Weg. Ein kräftiger Hieb mit Gewehrkolben, und unsere Gruppe schlüpfte in das erste Gehöft.

Hier war alles ausgeflogen. Nur eine Kuh trabte brüllend umher. Sie wurde sofort annektiert. Im nächsten Gehöft war es schon schwieriger. Ein Staketenzaun, verstärkt durch Stacheldraht, hemmte unser Vordringen. Mit einigen Flüchen, unter Verlust von ein paar Hosenböden und Rockärmeln kamen wir schließlich hinüber. Es war ein kleiner, aber sauberer Garten. Zum eigentlichen Hofe führte eine hohe, dicke und festverriegelte Tür. Wir hämmerten dagegen, doch niemand öffnete. Erst nach ein paar mächtigen, weithin hörbaren Kolbenschlägen schloß eine kräftige Frau in mittleren Jahren auf. Sie war völlig verängstigt, zitterte und rang die Hände. Bereitwilligst gab uns die Frau, was sie augenblicklich an Lebensmitteln zur Hand hatte. Drüben links am Stallgebäude hingen große, dunkle, reife Weintrauben. Der Blick eines Kameraden fiel darauf, sofort gab sie durch Gebärden kund, daß wir alles nehmen sollten. Schließlich kam auch ihr zum Bewußtsein, daß wir nicht ihr Leben begehrten, sondern uns nur vor Hinterlist schützen mußten. Daher schloß sie uns jede Tür auf; Kellerraum, Stall und Wohnung wurden durchsucht, selbst die Betten durften nicht verschont werden. Auch hier war kein Feind zu entdecken. Dankend und sich verbeugend ließ uns die Frau durch eine kleine Nebentür hinaus.

Wir standen auf einem unbenützten Nebengelände, einer Wiese, die hier und da mit kleinen Bäumchen bestanden war.

Es galt erst wieder Fühlung nehmen mit unseren Anschlußgruppen. Deshalb warteten wir ein Weilchen, ehe es weiter ging.

Ein anderes Gehöft. Hier wurden wir stutzig. Einige Schüsse waren gefallen. Vorsichtiger noch lugten wir umher, doch nur ein alter Mann saß ängstlich in einer Ecke und stierte uns an; Hühner flogen auf, Schweine rannten aus den Ställen. In einem der Nebengehöfte noch ein Kampf mit einem wild gewordenen Hunde, und unsere Arbeit war beendet.

Fünfzehn serbische Soldaten, ein großer Krug mit Honig, verschiedenes Geflügel, Rinder und Schweine waren unsere Beute. Als wir am Ende des Dorfes uns sammelten, mußten wir allerdings das meiste zurück- oder der Kompagnie überlassen, denn schließlich sind wir Soldaten und keine Räuber. Leider bedurfte es bei manchem der Kameraden noch der Erziehung.

(Schluß folgt.)

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Steinarbeiter zur Teuerungsfrage und zum Parteistreit.

Die Berliner Steinarbeiter beschäftigten sich in ihrer letzten Versammlung mit der Ablehnung einer Teuerungszulage durch die Arbeitgeber. Hirthe berichtete darüber. Der Vorstand der Zahlstelle Berlin des Steinarbeiterverbandes hat beim Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin den Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage von 15 Proz. gestellt, unter Hinweis darauf, daß der Tarif wegen des Burgfriedens nicht gekündigt worden sei, daß man aber sich veranlaßt sehe, angesichts der außerordentlichen Teuerungsverhältnisse wegen eines Teuerungszuschlages vorstellig zu werden. Die Unternehmer hätten zu einer Sitzung eingeladen und sich dort ablehnend verhalten. Sie hätten natürlich die große Teuerung anerkannt, aber erklärt, sie könnten keine Teuerungszulage geben, da sie von den Bauunternehmern und den Kommunal- und Staats-Baubehörden ebenfalls keine Teuerungszulagen erhielten. Es wurde von Unternehmern sogar der Gedanke ausgesprochen, wenn man etwas mehr verdienen wollte, dann könnte man ja täglich eine Stunde länger arbeiten. Das sei selbstverständlich zurückgewiesen worden, da es ein direkter Tarifbruch wäre, ganz abgesehen von anderen Gründen. Andererseits sei von Unternehmern auch eingewandt worden, sie müßten den Frauen von im Felde stehenden Kollegen, die Kriegszulage erhielten, diese entziehen, wenn sie Teuerungszuschläge zahlen sollten. Tatsächlich lägen die Dinge so, daß diese Kriegszulage nur von einer beschränkten Anzahl von Firmen in Berlin gezahlt werde. In einem Betriebe tragen die Kollegen zu diesem Zwecke je 2 M. wöchentlich bei. Trotz aller Gegengründe seien die Unternehmer in der Sitzung bei ihrem ablehnenden Standpunkt geblieben. Betont hätte man noch, daß auf eine Unternehmereingabe wegen eines Teuerungszuschusses ein Dezernent einer Staatsbehörde sich recht abwehrend geäußert habe.

Nach der Diskussion über diese Angelegenheit faßte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß:

„Die versammelten Steinarbeiter aller Branchen — Steinmetzen, Marmorarbeiter und Grabdenkmalarbeiter — nehmen von der Verhandlung des Vorstandes mit dem Verband der Steinmetzgeschäfte von Groß-Berlin Kenntnis. Sie sind entrüstet über den ablehnenden Standpunkt der Unternehmer hinsichtlich eines Teuerungszuschlages, den auch die Staats- und Kommunal-Baubehörden ihnen gegenüber einnehmen. Sie erwarten von denselben, daß sie ein größeres soziales Empfinden betreffs der Teuerungszulage den Steinarbeitern von Groß-Berlin entgegenbringen, damit die Steinarbeiter dem Staat und der Kommune, wie auch der herrschenden Teuerung gegenüber, die sich von Woche zu Woche steigert, gerecht werden können. Die Versammlung beauftragt den Vorstand, mit den Arbeitgebern weiter zu verhandeln, damit noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Ferner weist die Versammlung die Aeußerungen von Arbeitgebern über angeblich minderwertige Arbeitskräfte entschieden zurück."

•

Lachmann wandte sich dann gegen einen Artikel im „Steinarbeiter" mit der Ueberschrift „Die Spaltung vollzogen", von dem er u. a. rügt, daß er einseitig und gehässig gegen die Minderheit in der Partei gerichtet sei. Redner beantragt folgende Resolution:

„Die Versammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß die Redaktion des „Steinarbeiter" sich nicht verweigern konnte, zum Parteistreit Stellung zu nehmen, und zwar in besonders gehässiger und einseitiger Form. Der Artikel vom 1. April: „Die Spaltung vollzogen", ist nicht dazu angetan, unter den Verbandsmitgliedern die Einigkeit zu stärken, und am allerwenigsten als Agitationsmittel zu verwenden. Die Redaktion sollte dies zuerst beherzigen."

Diese Resolution wurde nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen.

Der Berliner Arbeitsmarkt.

In der Osterwoche wie auch in der letzten Berichtswoche flaute der Verkehr auf dem Arbeitsmarkt ab. Wenn auch die Zahl der gemeldeten offenen Stellen etwas zunahm, so war andererseits auch der Andrang der Arbeitsuchenden stärker. Besonders auf dem weiblichen Arbeitsmarkte nahm die Spannung zwischen den gemeldeten offenen Stellen und der Zahl der Arbeitsuchenden stark zu. Durch die Neueinziehung zum Heeresdienst treten immer mehr Kriegerfrauen, die bis dahin nicht gearbeitet haben, auf dem Arbeitsmarkt auf.

Nach den Berichten des Verbandes Berliner Metallindustrieller sank in der Osterwoche die Zahl der gemeldeten offenen Stellen für Metallarbeiter von rund 910 auf 540 und auch in der Woche vom 22. bis 30. April besserte sich die Lage nicht. Stark nachgefragt werden auch weiterhin Techniker. In der Holzindustrie ist ein Rückgang zu bemerken. Im Fleischergewerbe stellten auch weiterhin einzelne Betriebe ihre Arbeit ein. Der Beschäftigungsgrad der Bierbrauer war in der Osterwoche besser als in der Vorwoche, flaute aber in der letzten Berichtswoche wieder ab. Im graphischen Gewerbe war in der Osterwoche die Lage der Buchdrucker nicht so günstig wie in der Vorwoche, während Steindrucker und Lithographen dauernd gut zu tun hatten.

Die Verhältnisse für weibliches Kontorpersonal besserten sich in der Berichtswoche.

Die Zahl der bei 38 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen stieg in der Woche vom 24. April bis zum 1. Mai von 2020 auf 2257, d. i. um 237 oder 11,73 Prozent, und zwar wesentlich unter dem Einfluß des weiblichen Buchbinderpersonals, bei dem in der letzten Zeit ein schneller Wechsel des Aushilfspersonals mehrfach zu beobachten war. So stellt sich das Mehr an weiblichen Arbeitslosen im Buchbinderverbande auf nicht weniger als 124, d. i. auf etwas mehr als die Hälfte der oben genannten Gesamtzunahme der Arbeitslosen.

Die Hutmacher befinden sich in einer Bewegung zur Regelung der Löhne für die Wintersaison. Der Arbeitgeberverband lehnte eine tarifliche Regelung der Löhne für die Strohhutbranche ab. Es wurde erklärt, daß jeder Arbeitgeber während der Kriegszeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in seinem Betrieb selbst mit seinen Arbeitern regeln solle. Der Verband hat dann in jedem Betrieb eine Forderung auf 25 Proz. Lohn- oder Teuerungszulagen gestellt, erhalten haben die Hutarbeiter 10—15 Proz., unter den heutigen Verhältnissen ein allerdings nur kleiner Erfolg. Auch die Wochenlöhne sind erhöht worden.

Die Festsetzung der Löhne für die Wintersaison ist ebenfalls von den Arbeitgebern abgelehnt worden und deshalb müssen, wie Michel in einer Versammlung der Hutmacher ausführte, diese ihre Forderungen für die kommende Saison jedenfalls wieder in den einzelnen Betrieben stellen. Zu großen Bedenken gebe, führte der Redner weiter aus, auch die Anlernung weiblicher Arbeitskräfte für Arbeiten, die bisher von Kollegen geleistet wurden, Anlaß. Die Bedenken richten sich nicht gegen die Anlernung weiblicher Arbeitskräfte an sich, sondern gegen die Gefahr der dadurch entstehenden Lohnverschlechterungen. Die Gefahr bestehe schon so wie so, da die Arbeitswoche auf vierzig Stunden festgesetzt sei. Es sei also geboten, sich wohl zu beraten und Sorge zu tragen, daß mindestens die Löhne vom vorigen Jahre aufrechterhalten bleiben. In der Debatte über diese Ausführungen wurde von allen Rednern betont, daß in Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise Lohnabzüge für die kommende Saison, wie sie bereits von einigen Firmen schon jetzt versucht werden, nicht annehmbar seien. Das Resultat der Beratung war die Einsetzung einer Kommission, die sich schnellstens mit den Lohnverhältnissen beschäftigen soll und durch welche eine Lohnerhöhung mindestens für Stapelform, auf Zink oder Holz gezogene Form, angestrebt werden soll.

Deutsches Reich.

Gewerkschaften und Parteistreit.

Zu der letzten Entwicklung der Verhältnisse in der Partei nimmt die „Handlungsgehilfen-Zeitung" in ihrer neuesten Nummer wie folgt Stellung:

„Die Spaltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die jetzt in drei Gruppen zerfällt, in die alte Fraktion, die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft und in die Gruppe Liebknecht-Rühle, führte zu neuen, immer heftigeren Kämpfen in den Parteiorganisationen. Es ist nicht abzusehen, wie diese Kämpfe endigen werden. Es wäre Verblendung, wollten wir uns vorreden, die Gefahr einer Spaltung der Gesamtpartei bestehe nicht.

In dieser Situation gilt für die Gewerkschaften erst recht das, was wir bereits in Nummer 2 des laufenden Jahrgangs unserer Zeitung sagten: Die Gewerkschaften haben alle Veranlassung, sich in den Parteistreit nicht einzumischen, wenn sie verhüten wollen, daß der Kampf in ihre Reihen übergreift. Erfreulicherweise kann auch gesagt werden, daß der größte Teil der Gewerkschaftsblätter sich zurzeit mehr Reserve bei der Erörterung des Parteistreits auferlegt, als es noch vor einigen Monaten der Fall war. Zum Teil ist das allerdings auch erst auf lebhaftere Proteste aus den Mitgliederkreisen der betreffenden Gewerkschaften zurückzuführen. Selbst das „Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands", das sonst am eifrigsten bemüht war, die Gewerkschaften auf die Politik der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion festzulegen ist stiller geworden. Es betont gelegentlich zwar immer noch seinen alten Standpunkt, aber das geschieht doch nicht mehr in so aggressiver Form, wie das eine Zeitlang der Fall war.

Vielen „Freunden" der Gewerkschaften in bürgerlichen Kreisen gefällt diese Zurückhaltung der Gewerkschaften und ihrer Presse nicht. Sie erteilen daher den ihnen Nahestehenden allerhand gute Ratschläge. Aber selbst Max Schippel wehrt in einem Artikel „Parteikrise" in den „Sozialistischen Monatsheften" vom 13. April diese guten Ratschläge . . . ab."

Lohnbewegung der Mainzer Transportarbeiter.

Nach längeren Verhandlungen zwischen den Mainzer Transportarbeitern und den Geschäftsinhabern wurde eine wöchentliche Lohnerhöhung von 5,82 M. erzielt. Die Unterhandlungen mit den übrigen Fuhrwerksbesitzern sind noch im Gange.

Ausland.

Lohnforderungen der Loire-Bergarbeiter.

Durch Vermittlung des Präfekten des Loire-Departements ist laut „Temps" vom 1. Mai zwischen den Bergwerksbesitzern und Bergarbeitern eine Einigung hinsichtlich der Lohnforderungen der letzteren erzielt worden. Danach erkennen die Bergarbeiter ihre früher eingegangenen Verpflichtungen auch weiterhin als bindend an und wird das Abkommen vom 10. Juli 1913 bis zu einem Termin sechs Monate nach Beendigung der Feindseligkeiten verlängert. Andererseits wird der Tageslohn vom 1. Mai 1916 an um 50 Cent. erhöht und werden verheirateten Arbeitern für jedes Kind unter 13 Jahren noch pro Tag 10 Cent. bewilligt.

Aus der Partei.

Wie die J. K. der „Parteieinheit" dienen will.

Die berüchtigte Baumeistersche Korrespondenz versendet folgendes Zirkular:

J.K.-Verlag (A. Baumeister, Berlin SW 68, Lindenstr. 2.
25. 4. 1916.

An die Organisationsvorstände.

Werte Genossen!

Vor einigen Monaten kündigte ich in der J.K. den Plan einer Art Feldpost für unsere feldgrauen Genossen an. Zugleich bat ich um Unterstützung für ein solches Unternehmen. Diese ist inzwischen von verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen in solchem Maße erfolgt, daß ein Versuch gemacht werden kann. Für ein paar Monate sind die sächlichen Unkosten der geplanten „Sozialdemokratischen Feldpost" sichergestellt, weil die bisherigen J.K.-Einrichtungen sparsamsten Betrieb ermöglichen.

Die „Sozialdemokratische Feldpost" wird zunächst in je 20 000 Exemplaren alle 14 Tage völlig kostenlos ins Feld gesandt werden. Es besteht Hoffnung, diese Auflage bald ganz wesentlich erhöhen zu können.

Der Versand wird von hier direkt geschehen und bitte ich Sie, mir alle Ihnen zur Verfügung stehenden Feldadressen organisierter Genossen für diesen Zweck zu übermitteln. Wenn Sie diese Adressen selbst schon vervielfältigen, so bitte um je zehn Abzüge davon.

Sollten Sie selbst nach Einsicht der ersten Nummer sich entschließen, die neue Zeitung für Mitglieder im Felde gegen Bezahlung zu beziehen, so würde ich Ihnen dafür nur den Druckpreis, voraussichtlich etwa 2 Pf. pro Exemplar, berechnen.

Es sei bemerkt, daß die hervorragendsten Vertreter der verschiedenen Organisationskörper ihre Mitarbeit an dem Unternehmen, das sie alle lebhaft begrüßen, zugesagt haben. Jede weitere Mitarbeit ist willkommen.

Die „Sozialdemokratische Feldpost" soll die organisierten Arbeiter an der Front durch sachliche Darstellungen über das Wichtigste auf dem Laufenden halten, was in der Heimat vor sich geht, was ihre eigenen Interessen jetzt und nach dem Kriege berührt. Auf rechtlichem Gebiete wird sie durch kostenfreie Auskunftserteilung den Lesern und ihren Angehörigen ein wertvoller Ratgeber sein. Im Anhange soll sie stets einen längeren belehrenden oder unterhaltenden Lesestoff bringen, der dem jetzigen Lese- und Wissensdurst entspricht. Vornehmlich aber soll sie den zerstörenden und allen Organisationskörperschaften, Partei, Gewerkschaften und Genossenschaften, gleich schädlichen Strömungen entgegenwirken, die auch im Felde u. a. in anonymen Flugschriften der allerschlimmsten Art ihren Ausdruck finden. Diesen in sachlicher Weise entgegen zu arbeiten, ist dringend notwendig, schon im Interesse der Feldgrauen und ihrer Familien selber, welche durch jene Art von Propaganda erfahrungsgemäß nur in Ungelegenheiten, wenn nicht gar in großes Unglück, geraten, ohne daß irgend ein Nutzen damit erreichbar wäre.

Bei der Gelegenheit mache ich nochmals darauf aufmerksam, daß die „J. K." nach wie vor für Funktionäre zu mäßigem Preise abgegeben wird, daß die beliebten 10 Pf.-Broschüren meines Verlages zu 5 M. pro 100 Stück geliefert werden können und daß von „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis" (Vereinsausgabe 90 Pf.) noch ein Posten vorrätig ist.

In der Erwartung, daß Sie meiner Bitte entsprechen und Ihre Feldadressen sofort einsenden, verbleibe ich

mit bestem Gruß
Ihr ergebener
A. Baumeister.

(Hergestellt im J. K.-Bureau)
Berlin 68.

Nach den bisherigen Proben der „sachlichen" Informationen durch die J. K., die sich auch im neutralen Ausland den Ruf der Auseinanderhetzung der Internationale erworben hat und deren journalistische Leistungen das Nonplusultra der parteipolitischen Brunnenvergiftung und Parteizerrüttung darstellen, kann man sich einen Begriff davon machen, in welchem Stile und welcher Tendenz die „Sozialdemokratische (!) Feldpost" dieses Unternehmens gehalten sein wird. Wir halten es denn auch für ausgeschlossen, daß Organisationsvorstände, denen wirklich an der Verhütung einer partei- und gewerkschaftszerrüttenden Wühlarbeit gelegen ist, von dieser Offerte der J. K. Gebrauch machen könnten.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Das erweiterte Agitationskomitee (Vertreter der elf Reichstagswahlkreise, deren Reichstagskandidaten und der Bezirksvorstand) für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. nahm in der am 7. Mai stattgefundenen Sitzung zu den Parteidifferenzen Stellung. In folgender Resolution kommt die Meinung dieser Körperschaft zum Ausdruck:

„Die am 7. Mai tagende Sitzung des erweiterten Agitationskomitees für den Bezirk Frankfurt a. M. lehnt die Politik der Fraktionsmehrheit entschieden ab und erklärt:

Wir fordern eine sozialistische Politik getreu dem Programm der Partei und ihren Grundsätzen auf dem Boden des . . . und getragen vom Geiste und den Beschlüssen der Internationale. Von der Grundlage einer solchen Politik aber, die allein der Sozialdemokratie und den Interessen des Proletariats entspricht, ist die Fraktionsmehrheit weit entfernt. Letzteres, im Zusammenhang mit dem aufs schärfste zu verurteilenden Vorgehen, welches die Fraktionsmehrheit in grober Verletzung der ihr zustehenden Befugnisse gegen die Genossen der Minderheit beliebte, rechtfertigt die Haltung der 18 Genossen, die sich zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft vereinigt haben und unsere Billigung findet.

Die Beschlüsse des Parteiausschusses, der sich längst als Deckungsschild aller Maßnahmen des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit erwiesen hat, weisen wir zurück, indem

a) der Parteiausschuß, der nach § 21 des Organisationsstatuts der Partei lediglich eine gutachtliche Körperschaft gegenüber dem Parteivorstand ist, kein Recht hat, sich Beschlüsse anzumaßen, die seine Befugnisse weit überschreiten;

b) der materielle Inhalt seiner Beschlüsse völlig einseitig und falsch, an Unduldsamkeit gegen andersdenkende Parteigenossen kaum zu überbieten und bei den schweren Konflikten innerhalb der Partei nur dazu angetan ist, Oel ins Feuer zu gießen.

Die Haltung des Genossen Gräf, der den Bezirk Frankfurt a. M. im Parteiausschuß vertreten, steht in striktem Widerspruch zu unseren Anschauungen.

Entschiedene Verurteilung und Zurückweisung verlangen die Maßnahmen des Parteivorstandes, wie sie jüngst wieder im „Vorwärts"konflikt und in Duisburg in die Erscheinung getreten. Dieselben sind unvereinbar mit der demokratischen Selbstbestimmung der Parteigenossen der Kreise, die für die Parteiunternehmen in Frage kommen. Die Maßnahmen des Parteivorstandes müssen den entschiedensten Widerstand aller Genossen finden, die nicht wollen, daß den Mitgliedern der Partei jedes entscheidende Recht über ihre eigenen Angelegenheiten verloren geht."

Zu den Differenzen um das Parteiorgan nahm dieselbe Körperschaft nachfolgende Resolution gegen eine Stimme an:

„Das erweiterte Bezirkskomitee für den Agitationsbezirk Frankfurt a. M. nimmt in seiner Sitzung am 7. Mai erneut zu dem Streit um die „Volksstimme" Stellung und erklärt:

Das Flugblatt des erweiterten Bezirksvorstandes und der Zeitungskommission zum Pressestreit war durchaus im Sinne der bisherigen Beschlüsse des erweiterten Bezirksvorstandes und findet daher seine vollständige Billigung. — Die Mitwirkung der erweiterten Bezirksvorstandsmitglieder Hüttmann und Zimmermann an der Herausgabe des Flugblattes war daher keine verwerfliche Handlung. Diese besitzen nach wie vor das Vertrauen des erweiterten Bezirksvorstandes, das ihnen durch die Resolution der Frankfurter Vertrauensmännersitzung am 17. April abgesprochen wurde.

Die Verweigerung der Pflichtbeiträge des Frankfurter Wahlkreises an den Bezirksvorstand aus Anlaß des Pressestreites ist der erste Schritt organisatorischen Bruchs innerhalb der Bezirksorganisation."

•

Eine Konferenz des ersten badischen Wahlkreises (Konstanz) bedauerte die Spaltung der Reichstagsfraktion im Hinblick auf die künftige Stoßkraft der Partei. Der Minderheit müßten aber für ihr Vorgehen weitgehende mildernde Umstände zugebilligt werden. Auch die auf Urlaub befindlichen parteigenössischen Feldgrauen erachteten die Einheit als das dringendste Erfordernis für die deutsche Arbeiterbewegung.

Die Königsberger Gewerkschaftsvorstände gegen die Resolution der Parteiorganisation.

Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Königsberg Stadt hatte in einem Beschluß das Hineintragen der Parteistreitfragen in die gewerkschaftlichen Organisationen bedauert, weil diese zu ihrer Entscheidung nicht berufen seien und durch solche Eingriffe in das ausschließliche Arbeitsgebiet der politischen Parteiorganisationen die gedeihliche Zusammenarbeit aller Zweige der Arbeiterbewegung gefährdet werden könne. Sie verurteilte den Mißbrauch von gewerkschaftlichen Organisationseinrichtungen zur hetzerischen Bekämpfung einer Parteirichtung, wie es leider auch in Königsberg erfolgt sei.

Die Königsberger Gewerkschaftsvorstände haben hierzu mit 56 gegen 14 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen beschlossen:

„Die Vorstände der Königsberger freien Gewerkschaften protestieren gegen diese Unterstellungen und erklären die gegen die Gewerkschaften erhobenen Beschuldigungen für unrichtig und unzutreffend. Die theoretische Aufklärung über politische Zeit- und Streitfragen ist niemals ausschließliches Recht der Parteiorganisation gewesen und dürfte es auch in Zukunft nicht sein. Durch eine solche Betätigung werden keineswegs Parteistreitfragen weder in die Gewerkschaften hineingetragen noch entschieden.

Dessenungeachtet erblicken die Gewerkschaften grundsätzlich in der sozialdemokratischen Partei ihre politische Interessenvertretung, die ihren Willensausdruck findet durch die Beschlüsse der Parteimitglieder und der von diesen eingesetzten Instanzen, nicht zuletzt auch durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion. Die Partei kennt in ihren Satzungen nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion und auch nur diese, aber keine Sonderfraktion kann als parlamentarische Vertretung gewerkschaftlicher Arbeiterinteressen für die Gewerkschaften in Betracht kommen. Diese Ueberzeugung wird gestützt durch das Abkommen zwischen Partei und Gewerkschaften vom Jahre 1906 in Mannheim und durch den einstimmigen Beschluß der Vorständekonferenz der gewerkschaftlichen Zentralverbände vom 5./7. Juli 1915. Diese durch das Abkommen und des Beschlusses geschaffene Grundlage wird auch für die Königsberger Gewerkschaften die Richtlinie ihres Handelns sein, selbst dann, wenn es der hiesigen Parteileitung und ihren Hintermännern, die im Dienste der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft stehen und somit zur Zersplitterung der Arbeiterbewegung beitragen, nicht gefällt."

Die Maifeier in Italien.

Der „Avanti" veröffentlicht laut „Köln. Ztg." in seinen Ausgaben vom 3. und 4. Mai Berichte über Maifeiern aus rund hundert verschiedenen Orten des Landes, und eine von dem unerbittlichen Zensor zu unschuldigerweise verdammte ganze Seite der Nummer vom 3. Mai legt den Verdacht nahe, daß der „Avanti" über seinen Parteifeiertag noch mehr zu sagen hatte, als ihm tatsächlich gelungen ist, dem Druck zu übergeben. Der „Avanti" zieht aus dem Verlauf des 1. Mai den Schluß: „Im ganzen ist die Kundgebung überall in einer unsere eigenen Erwartungen übertreffenden Weise gelungen, ein klares Zeichen dafür, daß die Seele des Volkes immer noch ganz mit uns ist, und daß der Tag nicht fern ist, an dem die Internationale durch das Werk und den Willen des Proletariats ihre höchste und bedeutendste Vergeltung haben wird."

Kampflose sozialdemokratische Wahl in Zürich.

Im Bezirk Zürich ist am 30. April ohne Gegenkandidaten Genosse Arbeitersekretär Gschwend mit 10 511 Stimmen als Bezirksanwalt (Untersuchungsrichter) gewählt worden.

Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neukölln. Inseratenteil verantw. Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsbl.

Familienbeihilfen, Frauenarbeit und Sparzwang

vor der Budgetkommission des Reichstages.

Staatssekretär Delbrück ist erkrankt und muß deshalb den Verhandlungen fernbleiben. Ueber Ernährungsfragen soll erst später verhandelt werden, für andere Teile des Etats fehlt es an Material. Die zweiten Lesungen verschiedener Gesetze können noch nicht stattfinden, weil die Berichte nicht fertig sind. Man entschließt sich angesichts dieser Geschäftslage, zunächst eine Reihe allgemeiner Fragen zu erörtern.

Abg. Hoch (Soz.) fordert, daß die Arbeiterschutzbestimmungen nicht eingeschränkt werden. Die Gewerbeinspektoren sollen nach wie vor die Aufsicht ausüben. Die Militärbehörden greifen in Gebiete ein, für die ihnen die erforderliche Sachkunde fehlt. Zu diesen Eingriffen gehört der Sparzwang. So einfach kann man derart komplizierte Fragen nicht lösen. Es muß festgestellt werden, ob und wie weit das Reichsamt des Innern beteiligt war. Die von der Regierung erlassene Verordnung über die Erhaltung der Anwartschaft zu der Arbeiterversicherung genügt den Bedürfnissen nicht. — Unterstaatssekretär Richter versichert, daß der größte Wert auf die Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen gelegt wird. Die Aufsichtsbeamten sind verpflichtet, so viel Revisionen als möglich vorzunehmen. Die Schutzbestimmungen für Jugendliche und Frauen sind in der Schwerindustrie nicht generell aufgehoben, sondern nur in Ausnahmefällen ist die zeitweilige Suspendierung zugelassen. Frauen dürfen unter keinen Umständen länger als acht Stunden beschäftigt werden. An dem Sparerlaß war das Reichsamt des Innern nicht beteiligt. In gewissen Fällen kann dieser Sparzwang recht heilsam sein. Den Wünschen des Abg. Hoch betr. die Anwartschaft auf die Leistungen der Krankenkassen stimmt das Reichsamt zu. — Abg. Erzberger (Z.) tritt dafür ein, in den Munitionsfabriken wenigstens wieder die Sonntagsruhe einzuführen. Die Bestimmungen über die Familienunterstützungen werden viel zu eng ausgelegt. — Direktor Lewald bemerkt auf eine Anfrage, daß er den Beschluß der Wohnungskommission, Hypotheken bis zwei Jahre nach dem Kriege unkündbar zu machen, für völlig verfehlt halte. — Abg. Giesberts (Z.) verlangt die Zusammenstellung der Erfahrungen, die man mit der Verwendung von Frauen in der Kriegsindustrie gemacht hat. Nachteilige Wirkungen auf die Gesundheit der Frauen stehen zweifellos fest. Aus einer Reihe von Betrieben müssen die Frauen sofort nach dem Krieg entfernt werden.

Abg. Bauer (Soz.): Richtig ist, daß die Arbeiterschutzbestimmungen nicht generell durch Verordnung der Reichsregierung außer Kraft gesetzt sind. Wohl aber ist das in zahllosen Einzelfällen durch die Verwaltungsbehörden geschehen. Nachdem die Arbeiterinnen und jugendlichen Personen jetzt 21 Kriegsmonate hindurch mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet haben, ist es höchste Zeit, die Schutzbestimmungen wieder in Kraft treten zu lassen. Vor allen Dingen muß allgemein die Sonntagsruhe wieder durchgeführt werden, wenn die Leistungsfähigkeit der Arbeiter und Arbeiterinnen nicht immer mehr zurückgehen und die Volksgesundheit nicht aufs schwerste geschädigt werden soll. Nicht nur in der Schwereisenindustrie bestehen bedenkliche Zustände, auch in der chemischen Industrie wird Raubbau mit der menschlichen Arbeitskraft getrieben.

Die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer muß erhöht werden. Lebensmittel und Bedarfsartikel haben eine ungeheure Preissteigerung aufzuweisen. Die Not ist in vielen Bezirken groß. Besonders schlecht geht es in den Bezirken mit Hausindustrie. Die Frauen können nicht abwandern, in der Heimat aber findet sich keine Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeit. Hier muß in erster Linie eingegriffen und die Unterstützung erhöht werden. Die beste Hilfe wäre die Lieferung von Lebensmitteln. Unser Antrag verlangt, daß die Lieferungsverbände und Gemeinden nach Lage der Verhältnisse Bedarfssätze festsetzen, die so zu bemessen sind, daß den Kriegerfamilien unter Berücksichtigung der herrschenden Teuerung die zur Ernährung, Bekleidung und Wohnung erforderliche Unterstützung zuteil wird. Erst wenn nach diesen Grundsätzen verfahren wird, werden die Kriegerfamilien einigermaßen vor der äußersten Not geschützt sein.

Unverständlich ist es, daß einzelne Lieferungsverbände die Zeit für geeignet halten, die Unterstützung herabzusetzen. So hat der Kreisausschuß Görlitz verfügt, daß die Zuschüsse des Lieferungsverbandes ab 1. Mai d. J. in Fortfall kommen sollen. Das ist aufs schärfste zu verurteilen. Ich bitte die Regierung, auf die Lieferungsverbände dahin einzuwirken, daß die Unterstützung nirgends herabgesetzt, sondern erhöht wird.

Im höchsten Maße unsozial ist das Verhalten derjenigen Gemeindebehörden, die rückständigen Steuern von der Unterstützung in Abzug zu bringen. Daß die Reichsregierung ein solches Verhalten nicht billigt, sei bekannt. Das genüge aber nicht. Es müsse angeordnet werden, daß die Unterstützungsbezüge unpfändbar seien. Trotz der klaren Anweisungen, die von der Regierung ergangen sind, gibt es noch immer Lieferungsverbände, die private Zuwendungen Dritter bei Gewährung der Unterstützung in Abzug bringen. Ein besonders krasser Fall habe sich in Bückeburg ereignet. Der Lieferungsverband hat es fertig bekommen, mehreren Kriegerfamilien von der Unterstützung monatlich 10 M. in Abzug zu bringen, weil diese Familien fünf Monate hindurch auch vom Unternehmer eine Unterstützung erhalten hatten. Das Fürstlich Schaumburg-Lippische Ministerium hat das Vorgehen gebilligt. Gegenüber einer solchen Praxis müsse die Reichsregierung eingreifen.

Die Anträge zur Reichsversicherungsordnung habe die Regierung akzeptiert; nur bezüglich des Antrags 286 zu § 214 R.V.O. scheinen noch Bedenken zu bestehen. Das sei unverständlich. Durch das Notgesetz vom 4. August 1915 ist bestimmt, daß dem regelmäßigen Aufenthalt im Inlande im Sinne des § 313 Abs. 1 R.V.O. ein Aufenthalt im Auslande gleich gilt, der durch Einberufung der Mitglieder zu Kriegs-, Sanitäts- oder ähnlichen Diensten verursacht ist. § 313 regelt die freiwillige Mitgliedschaft. Anspruch auf Krankenunterstützung hat also, wer freiwilliges Mitglied geworden ist und dann im Auslande erkrankt. Es ist übersehen worden, auch zu § 214 die gleiche Anordnung zu treffen. Infolgedessen hat der Soldat, der innerhalb der ersten drei Wochen nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung im feindlichen Auslande erkrankt, Anspruch auf Krankenunterstützung nicht. Diese Rechtslage ist durch höchstrichterliche Entscheidung festgelegt. Es ist also unbedingt notwendig, daß hier durch Bundesratsverordnung eine Aenderung herbeigeführt wird. Zu § 1300 der R.V.O. ist zu bemerken, daß der Antrag 291 (Stadthagen) der Sachlage nicht gerecht wird. Ich bitte deshalb, unseren Antrag 287 zu § 1300 anzunehmen. Es ist notwendig, auch die Rechte derjenigen sicherzustellen, die bisher schon infolge des Mangels einer solchen Vorschrift mit ihren Ansprüchen abgewiesen worden sind.

Die Anordnungen der Generalkommandos waren in vielen Fällen sehr vernünftig, andere Anordnungen fordern aber zur Kritik heraus, und dazu gehört der Sparzwang, besonders wie ihn die Generalkommandos in Berlin und Hannover erlassen haben. Nicht genug damit, hat man im Bezirk des 10. Armeekorps auch noch die Freizügigkeit aufgehoben. So darf ein junger Arbeiter, der in Harburg wohnt, nicht in Hamburg Arbeit nehmen, ohne die Erlaubnis vom Generalkommando in Hannover eingeholt zu haben. — In Braunschweig ist es dieserhalb zu einer Revolte gekommen. Dann erst hat der General diese Verfügung aufgehoben. Wie soll ein Jugendlicher mit 16 bis 18 M. pro Woche auskommen? In den meisten Fällen unterstützen die Jugendlichen ihre Eltern und jüngeren Geschwister. Deshalb muß der Sparzwang allgemein beseitigt werden.

Abg. Gothein hält gegenwärtig die Verwendung von Frauen und Jugendlichen in der schweren Eisenindustrie für unbedingt nötig. Mit den vorhandenen Arbeitskräften muß man aber haushalten, und deshalb ist es dringend geboten, die Sonntagsruhe wieder einzuführen. Die Montan- und Eisenindustrie wird nach dem Kriege einen ganz gewaltigen Beschäftigungsgrad aufzuweisen haben. Dann aber macht sich der Mangel an Arbeitskräften derart bemerkbar, daß man auf die Frauenarbeit gar nicht verzichten kann. — Daß die Unterstützungen der Kriegerfamilien nicht mehr ausreichen, steht fest. — Direktor Lewald erklärt, daß bei der Bemessung der Unterstützung der Kriegerfamilien weitherzig verfahren werden soll. Zuschüsse der Unternehmer dürfen auf die Reichsunterstützung nicht angerechnet werden, aber es läßt sich nichts dagegen machen, daß die Lieferungsverbände diese Zuschüsse berücksichtigen. Pfändbar sind diese Bezüge nicht. Wenn die Lieferungsverbände statt Geld Nahrungsmittel liefern, so ist dagegen nichts einzuwenden. — Abg. Stadthagen (Soz. Arbg.) bestreitet, daß das Belagerungsgesetz den Generalen das Recht gibt, den Sparzwang anzuordnen. Kommt es dieserhalb zu unliebsamen Vorkommnissen, dann trifft die Schuld nur die Generäle, die ungesetzliche Bestimmungen erlassen haben. Der Sparzwang verstößt gegen das Bürgerliche Gesetzbuch, das ausdrücklich bestimmt, daß der Lohn bar zu zahlen ist. Diese rechtswidrige Anordnung muß sofort beseitigt werden. Redner legt dann dar, daß Zuschüsse von Unternehmern an Kriegerfamilien auf keinen Fall angerechnet werden dürfen, auch nicht von den Gemeinden. In Breslau hat man sogar versucht, eine Kriegerfrau zu bestrafen, weil sie ihr Kind deshalb nicht in die Schule schicken konnte, weil es keine Schuhe hatte. Hier wäre es die Pflicht der Gemeinde gewesen, für Schuhe zu sorgen. Stadthagen begründet dann einen von ihm gestellten Antrag, dem § 1300 der Reichsversicherungsordnung folgenden Zusatz zu geben: „Diese Vorschrift findet auf den Anspruch der Witwen von Kriegsteilnehmern keine Anwendung. Für den Anspruch von Kriegerwitwen auf das Witwengeld beginnt die Verjährungsfrist mit der Aufhebung des Kriegszustandes."

Abg. Giebel (Soz.) tritt lebhaft für eine weitere Erhöhung der Unterstützung der Kriegerfamilien ein. Das Reichsamt des Innern solle auch auf die Unternehmer einwirken, daß sie die einmal zugesagten Zuschüsse an die Familien ihrer Arbeiter nicht zurückziehen. Die Jugendlichen müssen unter allen Umständen vor Ueberanstrengung in der Industrie geschützt werden. Die Beschäftigung der Frauen in der schweren Industrie hat schon jetzt zu Schädigungen der bedenklichsten Art geführt. Redner geht dann noch einmal auf den Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion ein, dem § 1300 der Reichsversicherungsordnung folgenden Zusatz zu geben: „Während der Dauer des Krieges und des ersten Jahres nach Friedensschluß beginnt die Frist, falls infolge des Krieges der Tod des Ehemannes nicht festgestellt werden konnte, mit dem Tage, an welchem der Witwe der Tod des Ehemannes auf dem Dienstwege bekannt gegeben ist." Weiter vertrat Giebel den Antrag, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Möglichkeit zu geben, auch Mittel aufzuwenden, um allgemeine Maßnahmen zur Verhütung des Eintritts vorzeitiger Berufsunfähigkeit unter den Versicherten oder zur Hebung der gesundheitlichen Verhältnisse der versicherungspflichtigen Bevölkerung zu fördern oder durchzuführen.

Unterstaatssekretär Caspar teilt mit, daß die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bereits große Summen für allgemeine Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Die Anrechnung der Kriegszeit als Beitragsmonate bedeutet eine große Belastung. Aber es sei nicht tunlich, eine Art Stellenlosigkeitsfürsorge zu schaffen. — Unterstaatssekretär Richter versichert, daß man sich im Reichsamt des Innern dauernd mit den schwebenden sozialen Fragen befaßt. Die Beseitigung der Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen ist jetzt nicht möglich. Dagegen will man für die Einhaltung der Sonntagsruhe eintreten. Die Hauptaufgabe wird sein, die Industrie nach Friedensschluß wieder auf den Friedensstand zu überführen. — Abg. Schmidt-Meißen (Soz.): Die sozialdemokratischen Anträge wollen nicht einfach die Beseitigung der Frauenarbeit, sondern ihre Einschränkung auf ein gebotenes Maß. Die Fürsorge für die Kriegerfamilien ist vielfach ganz unzureichend. Das liegt daran, daß viele Gemeinden keine Mittel haben. Vielfach will man durch niedrige Unterstützung Frauen, die früher nicht auf Arbeit gehen mußten, zur Arbeit zwingen. Den bestehenden Mängeln will der sozialdemokratische Antrag abhelfen. Die Höhe der Unterstützung muß sich nach dem Existenzminimum richten. Man übersieht immer ganz, daß die Lebensmittel im Preise ganz enorm gestiegen sind. Die Zuschüsse des Reichs belaufen sich jetzt auf 20 Millionen Mark, aber die Zahl der zu unterstützenden Familien nimmt dauernd zu, so daß auf die einzelne Familie kein höherer Betrag entfällt. In Sachsen kommt es vor, daß österreichische Staatsangehörige ausgewiesen werden, weil sie jetzt öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen. — Giebel fragt an, ob die Frage erwogen worden sei, die Dauer der gewerblichen Schutzrechte der Patentinhaber um die Dauer der Kriegszeit zu verlängern. — Von einem Regierungsvertreter wird geantwortet, diese Frage sei verneint worden; ein großer Teil der Patente habe während der Kriegszeit großen Nutzen abgeworfen, daher sei ein solcher Schutz über die gesetzliche Frist nicht berechtigt. Es sei auch nicht möglich, Unterschiede zu machen. Ueberdies ließe das sehr wichtige Verwertungsrecht der Industrie es nicht zu, die Patente nach Ablauf der gesetzlichen Schutzzeit noch zu verlängern.

Mit Rücksicht darauf, daß die Fraktionen eingehende Beratungen pflegen müssen, findet die nächste Sitzung der Budgetkommission erst am Mittwoch statt.

* * *

In der Beratung des Etats des Innern haben die Sozialdemokraten folgenden Antrag gestellt:

1. die aufgehobenen Schutzbestimmungen für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen in der Schwereisenindustrie wieder in Kraft treten zu lassen;
2. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwereisenindustrie mit Arbeiten, die die Kräfte dieser Arbeiter übersteigen und sich besonders für weibliche Arbeiter nicht eignen, zu untersagen;
3. die Beschäftigung weiblicher und jugendlicher Arbeiter in der Schwereisenindustrie überhaupt nur dann zuzulassen, wenn vorher die erforderlichen Bedingungen für den Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit dieser Arbeiter erfüllt sind;
4. daß zur Beilegung von Differenzen und Lohnstreitigkeiten für die einzelnen Industriebezirke Kriegsausschüsse oder Schiedskommissionen errichtet werden, wie solche bereits für Berlin und das Königreich Sachsen bestehen.

* * *

Die sozialdemokratische Fraktion hat in der Budgetkommission folgende Resolution eingebracht:

den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dhin zu wirken, daß die von einigen stellvertretenden Generalkommandos erlassenen Verordnungen betreffend den Sparzwang für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen aufgehoben werden.

Bekämpfung von Volkskrankheiten.

Das Zentralkomitee der Berliner Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke, für Alkoholkranke und für Krebskranke hat den Bericht über das Jahr 1915 veröffentlicht. Die Arbeit dieser Wohlfahrtseinrichtung, die mit ihren bescheidenen Mitteln den Kampf gegen ein paar der schlimmsten Volkskrankheiten zu führen versucht, steht jetzt unter dem Einfluß des Krieges.

In der Fürsorge für Lungenkranke wurden einige Erschwerungen, die nach Kriegsausbruch sich fühlbar gemacht hatten, im zweiten Kriegsjahr allmählich überwunden. Dem Aerztemangel half man durch mehr Verwendung weiblicher Aerzte ab, und die Entsendung von Pfleglingen in Heilstätten ließ sich wieder in größerem Umfang ermöglichen. Aber die Gesamtzahl der lungenkranken Personen, die in der Fürsorge waren, blieb diesmal hinter derjenigen des vorhergehenden Jahres zurück. In 1915 wurden gezählt 3788 Männer, 9244 Frauen, 12 539 Kinder, zusammen 25 571 Personen, gegenüber 1914 mit 5624 Männern, 10 281 Frauen, 13 738 Kindern, zusammen 29 643 Personen. Das Weniger für 1915 beträgt 1836 Männer, 1037 Frauen, 1299 Kinder; es ist bei den Kindern annähernd ein Zehntel, bei den Frauen über ein Zehntel, bei den Männern aber ziemlich ein Drittel der bezüglichen Zahlen für 1914. Zur Erklärung dieser Abnahme sagt der Bericht: „Eine Anzahl der in unserer Fürsorge befindlichen, nicht ausgesprochen oder nicht schwer lungenkranken Männer ist inzwischen zum Heeresdienst eingezogen worden. Andere noch irgendwie Arbeitsfähige sind durch die stark gesteigerte Arbeitsgelegenheit, welche ihnen wie auch manchen in unserer Fürsorge stehenden Frauen emsige Beschäftigung verschaffte, nicht imstande gewesen, wie früher die Sprechstunden zu besuchen, und auch in ihren Wohnungen von der Schwester nie zu treffen gewesen; sie sind daher einstweilen ausgeschieden. Und der in diesem Jahr fehlende Bruchteil von Kindern betrifft solche, welche nicht ohne Begleitung in die Sprechstunde kommen können und die die Mutter wegen ihrer Inanspruchnahme durch Arbeit uns nicht zuführen konnten!" Der Rückgang wiegt umso schwerer, weil gerade der Krieg den Kreis der Pfleglinge noch erweitert hat. Zu den Vereinen, Krankenkassen und Behörden, die schon früher den Fürsorgestellen lungenkranke Personen überwiesen, sind noch hinzugekommen der Nationale Frauendienst, die Flüchtlingsfürsorge des Roten Kreuzes, der Tuberkuloseausschuß der Kriegswohlfahrtspflege des Roten Kreuzes. Auch haben die Bezirkskommandos lungenkranke Soldaten bei Entlassung aus dem Heeresdienst an die Fürsorgestellen überwiesen.

Für ihren Kampf gegen die Lungentuberkulose sehen die Fürsorgestellen eine Hauptaufgabe darin, den in seiner Behausung bleibenden Kranken möglichst unschädlich zu machen und die Uebertragung der Krankheit auf seine Angehörigen vorbeugend zu verhüten. Regelmäßige Untersuchungen der Kranken und ihrer Angehörigen in den Fürsorgestellen und häufige Besuche in den Wohnungen geben Gelegenheit, über die Gefahren der Ansteckung aufzuklären sowie die Pflege der Kranken und das Verhalten der gefährdeten Angehörigen zu überwachen. Wo es nötig scheint, wird auch mit Geld oder Lebensmitteln geholfen, um die Ernährung zu bessern und eine Absonderung der Kranken von ihren Familien zu ermöglichen. In 1915 machten die Fürsorgeschwestern 48 319 Wohnungsbesuche, und für 187 Familien wurden Hauspflegerinnen besorgt. Für 1014 offen-tuberkulöse Personen, die ihre Angehörigen besonders gefährdeten wurde Absonderung erreicht. Zuschüsse zur Miete für größere Wohnungen mit eigenen Räumen für die Kranken konnten nur an 146 Personen in Höhe von zusammen 9000 M. gegeben werden. Im ganzen wurden für Wohnungsfürsorge 24 923 M. aufgewendet. Die Heilstättenpflege erforderte 61 832 M. Der Bericht spricht den Wunsch und die Hoffnung aus, daß die Stadt Berlin und auch die Krankenkassen künftig den Fürsorgestellen durch höhere Beiträge die Fortsetzung ihrer Arbeit erleichtern werden. Wie wichtig sie ist, wird an einem ausführlich geschilderten Einzelfall gezeigt. Im Januar 1910 war den Fürsorgestellen der durch Tuberkulose herbeigeführte Tod eines Familienvaters gemeldet worden. Der Kranke hatte bis zu seinem Ende mit der Familie ein gemeinsames Wohn- und Schlafzimmer benutzt, und die Folgen dieses engen Zusammenlebens blieben dann auch nicht aus. Sein ältester Sohn, der sich während der Krankheit des Vaters verheiratet hatte, starb im März 1910 gleichfalls an Tuberkulose. Dieselbe Krankheit raffte im Mai 1910 das Kind dieses Sohnes hin, und im Jahre 1912 erlag ihr auch seine Witwe. Tuberkulose hatte auch die übrigen Kinder des im Jahre 1910 verstorbenen Familienvaters befallen, die unverheiratet blieben. Es starben in 1914 eine erwachsene Tochter und ein halberwachsener Sohn, in 1915 eine andere erwachsene Tochter. Nur die schwer geprüfte Witwe, die den Mann und alle Kinder gepflegt hatte, blieb gesund. „Hätte ich mich," sagte sie der Fürsorgeschwester, „auch während der langen Krankheitsjahre meines Mannes schon nach den Vorschriften der Fürsorgestellen richten können, ich glaube, meine Kinder wären nicht alle dieser heimtückischen Krankheit zum Opfer gefallen." Die Gefährdung der Familien und ihre oft durch Armut noch gesteigerte Bedrängnis wird in dem Bericht mehrfach hervorgehoben. Von den tieferen Ursachen dieser Volksseuche und von durchgreifenden Maßregeln zu ihrer Bekämpfung steht freilich sonst nichts in ihm.

Neu ist eine besondere Fürsorgestelle für Lungenkranke des Mittelstandes. Sie hatte 389 Pfleglinge, nämlich 89 Männer 203 Frauen, 97 Kinder. Der Sonderbericht über sie sagt, daß „die Wohnungsfürsorge bei den reichlicheren Wohnräumen leichter durchzuführen ist als in den engeren Arbeiterwohnungen."

Auch in der Alkoholikerfürsorge wurde der Einfluß des Krieges bemerkt. Die Besserung der Arbeitsgelegenheit für die daheimgebliebenen Männer veranlaßte viele Pfleglinge, wieder Beschäftigung anzunehmen. Der Bericht erwähnt ferner, daß auch viele Pfleglinge sich als Kriegsteilnehmer bewährt haben. Eine Schattenseite der Kriegsfolgen sei aber die Zunahme der trunksüchtigen Frauen. In 1915 waren überhaupt 1713 Pfleglinge in Fürsorge, davon waren die später zur Fahne einberufenen Männer mit 522 beteiligt. Von der Gesamtzahl der Pfleglinge (die Unterscheidung nach dem Geschlecht fehlt hier im Bericht) waren 1043 verheiratet, 214 ledig oder verwitwet, 380 getrennt, 76 geschieden.

Die Fürsorgestellen für Krebskranke wurden von 116 Kranken aufgesucht. Die Untersuchung ergab, daß 31 krebskrank waren, 21 Frauen und 10 Männer. Mehr als sonst wird jetzt Gewicht gelegt auf Besuche der Fürsorgeschwestern in den Wohnungen der Krebskranken.

Ein Kindererholungsheim (in Lichterfelde) ergänzt die vorbeugende Arbeit der Fürsorge für lungenkranke Kinder. Es nahm 316 Kinder auf, deren Pflegeaufenthalt durchschnittlich 9 Wochen dauerte.

Den Abschnitt über die Fürsorge für Lungenkranke schließt der Bericht mit dem Wunsch, daß es den Fürsorgestellen im Bunde mit Staat und Gesellschaft gelingen möge, die Tuberkulosesterblichkeit zu verringern. Der Wunsch sei nie berechtigter gewesen als in der Kriegszeit, die mehr als sonst die weitere Gesundung unseres Volkes als wichtigstes Ziel jedem Deutschen nahelege.

Nach dem Krieg werden Staat und Gesellschaft, glauben wir, dieses Ziel wohl mit wirksameren Maßregeln als bisher anstreben müssen.

Preise von Lebensmitteln in Groß-Berlin.

Das Berliner Statistische Amt hat in seinem allmonatlich erscheinenden Bericht über Lebensmittel des Kleinhandels jetzt das Ergebnis für Mitte April 1916 veröffentlicht. Befragt wurden die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend und der Beamtenwirtschaftsverein Berlin, doch blieben die Auskünfte wieder sehr lückenhaft. Für die wenigsten Waren haben beide Konsumentenorganisationen einen Preis genannt, oft liegt nur von der einen oder der anderen dieser Organisationen eine Angabe vor, und in vielen Fällen fehlt von beiden die Antwort. Die Reihe der Waren, die nicht mehr geführt wurden, ist von Monat zu Monat größer geworden. Wir geben eine Auswahl der Antworten für April 1916 und setzen zur Vergleichung die Preise aus demselben Monat von 1915 und 1914 daneben, wo nur die Konsumgenossenschaft befragt wurde.

Um Mitte April kostete das Pfund (wo nicht anders angegeben) in Pfennig:

	1914	1915	1916
Kartoffeln:			
Speisekartoffeln (10 Pfd.)	25	75	65
Wurst, Fleischwaren, Fische:			
Büchsenfleisch	112	120	280
Thüringer Fleischwurst .	120	160	200
Feine Leberwurst . . .	120	140	250
Landleberwurst . . .	110	140	240
Berliner Mettwurst . .	120	140	240
Beste Thür. Salamiwurst	180	240	400
Gekochter Schinken . .	160	240	360
Roher Schinken . . .	180	240	360
Berliner Sülzwurst . .	90	100	190
Heringe (1 Stück) . . .	7½	9	23
Fettwaren:			
Tafelbutter	144—152	180	280
Margarine	80—90	100—110	200
Käse:			
Briekäse	100	120	130
Vollfetter Holländer Käse	—	—	240
Mühlenfabrikate:			
Graupen	22	50	49
Kälberzähne	18	36	43
Haferflocken	25—30	32—40	55
Hafermehl	32—58	40—58	80
Roggenmehl	14	24	22
Weizenmehl 00 . . .	18	26	24
Weizengrieß	25	40	45
Konserven (2 Pfd.-Dose):			
Brech- u. Schnittbohnen	33	40	52—58
Kohlrabi mit Grün . .	32	32	50
Geschnittene Karotten .	32	40	42
Spinat	50	50	60
Stangenspargel . . .	140—160	140—160	140—180
Gemischtes Gemüse . .	55—75	60—80	95
Kakao, Kaffee, Zucker, Salz:			
Kakao	120	240	500
Schokoladenpulver . .	100	140	280
Kaffee	144—192	156—200	288
Malzkaffee	25	40	55
Gebrannte Gerste . . .	20	35	45
Zucker (Melis)	21	24	30
Salz	11	12	12

Im April 1916 waren etwas billiger als im Vorjahr die Kartoffeln und das Mehl. Die für April dieses Jahres verzeichneten Preise dieser Waren sind Höchstpreise nach neuerer Festsetzung. Neue Höchstpreise sind auch für Wurst-, Fleisch- und Fettwaren festgesetzt worden. Hier aber haben sie für April 1916 gegenüber März eine weitere Verteuerung gebracht. Beispielsweise stieg von Mitte März bis Mitte April der Preis für Landleberwurst von 200 auf 240, für Schinken von 300 auf 360, für Tafelbutter von 268 auf 280, dementsprechend für Margarine von 160 auf 200. Stark stiegen von März zum April auch die Preise für Kaffee und Kakao, für Kaffee von 240 auf 288, für Kakao von 320—380 auf 500, dementsprechend für Schokoladenpulver von 160—230 auf 280. Die Preissteigerungen für April 1916 gegenüber demselben Monat von 1915 und vollends von 1914 treten in der oben wiedergegebenen Zusammenstellung so scharf hervor, daß jedes Wort der Erläuterung überflüssig ist.

Aus Groß-Berlin.

„Eine wahnsinnige Hetze".

Den Fleischermeistern und ihrer Presse ist das Vorgehen der Behörde sehr unangenehm. Die Brandmarkung der Fleischzurückhaltung durch die Presse nennt die „Allg. Fleischer-Zeitung" eine wahnsinnige Hetze. Sie schreibt von „dem Geschrei hysterischer Frauen", von Neid und Mißgunst, Ausnahmegesetzen für Fleischer und anderes. Mit diesen Kraftworten wird das Treiben gewisser Fleischermeister keineswegs aus der Welt geschafft. Weil es an stichhaltigen Gründen zur Entschuldigung fehlt, fangen die Herrschaften mit Schimpfen an.

Noch kräftigere Töne schlägt die „Deutsche Fleischer-Ztg." an. Zunächst versucht sie für die Sünder mildernde Umstände geltend zu machen. Sie meint, von Zurückhalten könne keine Rede sein, da es nicht ausgeschlossen sei, daß die Fleischer aus Mangel an Arbeitskräften, oder wegen der fleischlosen Tage, nicht in der Lage waren, die Ware zu verarbeiten oder zu verkaufen. Heilige Einfalt! Seit Monaten steigt die Zahl der arbeitslosen Gesellen im ganzen Reiche. In Berlin dürften mehr denn 500 arbeitslose Fleischergesellen vorhanden sein und die Fleischermeister haben keine Arbeitskräfte. Wem will die „Deutsche Fleischer-Zeitung" diesen Bären aufbinden? Weiß sie nicht, daß die Innung die große Arbeitslosigkeit benutzt hat, öffentlich aufzufordern, die Löhne herabzusetzen? Die fleischlosen Tage als Entschuldigungsgrund anzuführen, ist lächerlich. Vornehmlich ist längst fertiggestellte Ware gefunden worden, die schon seit Wochen verkauft werden konnte. Haben gewisse Fleischermeister ihre Dauerware wegen Gesellenmangel oder der fleischlosen Tage nach ihren Privatvillen bringen lassen oder im Schlafgemach versteckt? Jeder Unbefangene wird zugeben, daß sie diese ungewöhnlichen Aufbewahrungsräume in einer bestimmten Absicht gewählt haben und sich der Unzulässigkeit ihres Handelns bewußt waren.

Weiter schreibt das Blättchen in seinem Zorn:

„Man hat dem Pöbel Gelegenheit gegeben, sein Mütchen an den Fleischern zu kühlen, da man Demonstrationen anderer Art sehr vernünftigerweise unterdrückt und ihm so die Möglichkeit, sich dort auszutoben, benimmt . . .

So kam der Berliner Pöbel dazu, Läden zu plündern, unschuldige Menschen zu mißhandeln, Lebensmittel, die wir notwendiger brauchen können, zu vernichten, und die Polizei ist nicht imstande, es zu verhindern, das ist das Wunderbare."

Die Bevölkerung, die dem Fleischwucher nicht ruhig zusieht, wird als Pöbel bezeichnet. Es ist unerhört!

Zur Vervollständigung sei noch bemerkt, daß neben der agrarischen auch die sozialdemokratische Presse an diesen Zuständen durch ihre Hetzereien nach Meinung der Fleischer schuld sei. Wie sich die agrarische Presse damit abfindet, ist ihre Sache. Der „Deutschen Fleischer-Zeitung" sei es aber gesagt, daß es gerade die sozialdemokratische Partei und Presse waren, die von Kriegsanfang Maßnahmen gefordert haben, die diese Zustände unmöglich gemacht hätten.

Die Bevölkerung sollte mit Nachdruck von der Gemeinde verlangen, die Fleischversorgung in eigene Regie zu übernehmen.

Polizeiliche Durchsuchung sämtlicher Schlächterläden.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Bei sämtlichen Schlächtern und Fleischhändlern des Landespolizeibezirks Berlin ist zwecks Feststellung der Zurückhaltung eine eingehende Durchsuchung der Läden-, Lager- und sonstigen Räume der Geschäftsinhaber angeordnet worden.

Durch diese Maßregel wird jede unzulässige Zurückhaltung mit Fleischwaren mit Sicherheit ausgeschlossen. Die Schlächter werden gut tun, freiwillig alles zu verkaufen, was sie auf Vorrat gelegt haben.

Der Schlächtermeister Korbel in der Oderberger Straße ersucht uns mitzuteilen, daß er von dem ihm von der Stadt gelieferten Schwein alles bis auf zehn Pfund an die Käuferinnen abgegeben hatte, als die Polizei bei ihm erschienen sei. Und auch diese letzten zehn Pfund habe er nicht zurückgehalten, sondern nur für Kunden zurückgelegt, die vorher schon bestellt hatten. Es sei ihm gar nicht eingefallen, Fleisch zurückzuhalten.

Was ist Suppenfleisch? Der Magistrat von Neukölln teilt mit: In der Auslegung der Verordnung über die Kleinhandelshöchstpreise für Rindfleisch vom 20. vorigen Monats sind als Suppenfleisch (1,90 M. je Pfd.) folgende Fleischarten anzusehen:

Blutiger Hals, Flankenzipfel, Hesse mit sämtlichen Knochen.

Querrippe gehört zu der Gruppe Fehlrippe, Brust, Kamm, Bug für je 2,30 M. je Pfund.

Bestrafungen wegen der Lebensmittelverordnungen.

Das Königliche Polizeipräsidium teilt folgende Straffälle mit:

1. Gemüsehändlerin Anna Fröhlich, geb. Eschbach, hier, Arndtstraße 30 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 13. April 1916 wegen Uebertretung der §§ 1 und 3 der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 3 M. ev. einem Tage Haft bestraft worden, weil in ihrem Verkaufsstande einzelne Warengruppen nicht mit dem Verkaufspreise ausgezeichnet waren.

2. Gemüsehändlerin Margarete Kuske, geb. Kummert, hier, Metzer Straße 8 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 11. April 1916 wegen Uebertretung der §§ 1 und 3 der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 30 M. ev. 3 Tagen Haft bestraft worden, weil eine Preistafel im Verkaufsraume nicht von außen deutlich sichtbar angebracht war.

3. Milchhändlerin Minna Aue, geb. Heinemann, hier, Straßburger Str. 27 wohnhaft, ist durch polizeiliche Strafverfügung vom 21. April 1916 wegen Uebertretung der §§ 2 und 3 der Verordnung der Preisprüfungsstelle Groß-Berlin vom 28. Januar 1916 mit 3 M. ev. einem Tage Haft bestraft worden, weil sie Milch nicht verabfolgte, obwohl sie solche noch besaß.

4. Milchhändlerin Marie Olbrich, hier, Wilhelmshavener Str. 62 wohnhaft, ist durch Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 14. April 1916 wegen Vergehens gegen § 7[a] der Verordnung des Bundesrats vom 28. Oktober 1915 mit 10 M. ev. zwei Tagen Gefängnis bestraft worden, weil in ihrem Verkaufsraume die Bekanntmachung des Bundesrats zur Einschränkung des Fleisch- und Fettverbrauches vom 28. Oktober 1915 nicht ausgehängt war.

5. Milchhändlerin Ida Puchlowski, hier, Hussitenstr. 78 wohnhaft, ist durch Strafbefehl des Königlichen Amtsgerichts Berlin-Mitte vom 14. April 1916 wegen Vergehens gegen § 6 des Höchstpreisgesetzes in Verbindung mit der Bekanntmachung vom 4. November 1915 und Uebertretung der Verordnung vom 28. Januar 1916 mit 120 M. ev. 24 Tagen Gefängnis und 30 M. ev. 6 Tagen Haft bestraft worden, weil sie für einen Liter Milch 35 Pf. verlangt und es ferner unterlassen hatte, den vorgeschriebenen Aushang über den Milchpreis im Geschäftslokal anzubringen.

Leitsätze für Kaffeebereitung.

Der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel G. m. b. H., Berlin W., Bellevuestr. 14, veröffentlicht die nachstehenden Leitsätze für die Kaffeebereitung:

Die Güte des Kaffeegetränks leidet sehr häufig unter den Fehlern, die bei seiner Bereitung gemacht werden. Um eine möglichst sachgemäße Ausnutzung des gerösteten Kaffees zu sichern, sind folgende Regeln zu beachten:

I.

Der Kaffee muß frisch geröstet verwandt werden. Im gerösteten Zustand hält Kaffee sein volles Aroma nur kurze Zeit.

II.

Gerösteter Kaffee ist trocken, am besten in festverschlossenen Büchsen aufzubewahren.

III.

Der geröstete Kaffee muß kurz vor dem Aufguß möglichst fein gemahlen werden. Je feiner das Kaffeemehl, je höher die Ergiebigkeit.

IV.

20 Gramm gerösteter Kaffee (feingemahlen) genügen, um ein Liter Kaffeegetränk herzustellen.

V.

Die zur Kaffeebereitung dienenden Gefäße müssen peinlichst sauber gehalten werden; schon eine Spur von Fett oder eine sonstige geringe Unreinlichkeit beeinträchtigt das Kaffeearoma.

VI.

Die Kaffeebereitung ergibt nur dann ein gutes Getränk, wenn das Wasser richtig kocht, d. h. lebhaft brodelt. Wasser, das schon längere Zeit gekocht hat, gibt keinen wohlschmeckenden Kaffee.

Zurückgestellte städtische Bauten.

Der Magistrat Berlin hat beschlossen, den Um- und Erweiterungsbau der städtischen Gastwirtschaft in Treptow (vormals Zenner) vorläufig zurückzustellen. Ferner sollen zurückgestellt werden: Der Bau einer Kraftzentrale (250 000 M.) auf dem Gasanstaltsgrundstück in Schmargendorf, die Herstellung von neuen Straßen auf dem Gasanstaltsgrundstück an der Müllerstraße (227 000 M.), die Eisenbahnunterführung auf dem neuen Gasanstaltsgrundstück in der Wuhlheide (150 000 M.), die Errichtung einer Kohlentransportanlage mit Gleisen (700 000 M.) an der Danziger Straße, der Neubau des Wasserwerkes Wuhlheide (4 Millionen Mark), die Verlängerung der Brunnengalerie in der Richtung nach Erkner (250 000 M.), die Erweiterungsbauten auf dem Viehhof (2¼ Millionen Mark), der Bau der Großmarkthalle in Moabit (1. Rate 300 000 M.), die Herstellung neuer Straßenbahnen (¼ Million Mark), der Neubau für die Erziehungsanstalt Struveshof (175 000 M.). Außerdem sollen vorläufig ruhen: die Arbeiten am Rolandufer, für die Verbreiterung der Landsberger, Invaliden- und Neue König-Straße, für den Durchbruch der Linden- nach der Beuthstraße, der Jostystraße nach der Neuen Königstraße, für die Verbreiterung der Dresdener Straße, der Straße am Nordhofen, für die Herstellung des Jubiläumsplatzes, die Regulierung der Bellevuestraße und des Reichstagsufers, der Roßstraße, der Alten Jakobstraße, die Bebauung des alten Inselspeichergrundstücks, der Neubau der Stadtbibliothek usw. Insgesamt kommen Arbeiten in Betracht, für die bisher rund 22 Millionen Mark bereits bewilligt worden sind und wovon schon ein Teil verausgabt worden ist.

Der Magistrat begründet seinen Antrag mit dem Hinweis auf die geringen zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte und mit den hohen Materialkosten. Er meint, daß nach Beendigung des Krieges die Inangriffnahme dieser Arbeiten der dann eintretenden größeren Arbeitslosigkeit leichter abhelfen könnte und die Arbeiten auch billiger ausgeführt werden könnten als heute. Es wird trotzdem genau geprüft werden müssen, ob nicht Bauten, die der Fertigstellung entgegengehen, wie beispielsweise die Erziehungsanstalt in Struveshof, auch im Interesse der Allgemeinheit nicht doch zu Ende zu führen sind.

Die Unterstützungssätze für die arbeitslosen Textilarbeiter, die wir gestern veröffentlichten, sollen auch Anwendung finden auf die Arbeiter und Arbeiterinnen in der Wollhutindustrie.

Betriebsunfall bei der Firma Loewe.

Montagvormittag gegen ½10 Uhr ist in der Waffenfabrik von Loewe u. Co., Wittenau, ein schwerer Betriebsunfall passiert, bei dem ein Mann sofort tot und vier andere in schwerverletztem Zustand in das Gerhardtstift übergeführt werden mußten.

In der genannten Fabrik waren in den Vormittagsstunden vier Monteure der Firma Körting, Moabit, mit Montierungsarbeiten an einem unterirdischen Heizungskanal beschäftigt, als plötzlich das T-Stück eines Dampfrohres platzte und das ausströmende Kondenswasser und der Dampf die dabei beschäftigten Monteure und einen anwesenden Betriebsleiter der Firma Loewe schwer verbrühte. Der Monteur Hahn war sofort tot, während die übrigen vier auf einem schnell als Krankenwagen zurechtgemachten Lastauto nach dem Gerhardtstift gebracht wurden.

Von einem Kraftwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern an der Ecke der Dolziger und Eldenaer Straße ein unbekanntes kleines Mädchen. Es erlitt einen Schädelbruch und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Die Verunglückte ist etwa drei Jahre alt und trug ein rotes Kleid, eine weiße Schürze und gelbe Schuhe und Strümpfe.

Vom Spiel in den Tod.

Beim Spielen am Ufer der Havel in Spandau hat der 8 Jahre alte Schüler Kurt Jensen, der Sohn des Oberpostassistenten J., den Tod gefunden. Der Knabe vergnügte sich damit, auf der Havel in der Nähe der Schulenburgbrücke kleine, selbstgefertigte Kähne schwimmen zu lassen. Dabei beugte er sich zu weit vor und stürzte ins Wasser. Er ging sofort unter, geriet unter die dort verankert liegenden Pillen und ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden. — In den letzten vierzehn Tagen sind bereits drei Kinder beim Spielen am Havelufer ins Wasser gefallen und haben den Tod in den Wellen gefunden.

An den Folgen eines Hufschlages gestorben ist ein 43 Jahre alter Koppelknecht Otto Schmidt in einem Fremdenlogis in der Schlegelstraße. Der Mann klagte, als er am Freitag dort einkehrte, dem Wirt, daß ein Pferd ihn vor den Leib geschlagen habe und daß er starke Schmerzen leide. Er war nach Berlin gekommen, um sich hier behandeln zu lassen, ging auch am Sonnabend noch aus, sagte aber bei der Rückkehr nichts, was aus seinen Bemühungen geworden sei. Gestern fand ihn der Wirt tot in seiner Stube liegen.

Ein sehr gefährlicher Brand beschäftigte am Sonntag und Montag die Berliner Feuerwehr in der Gerichtstraße 12/13. Dort war in einem Keller der ehemaligen chemischen Fabrik von J. D. Riedel, der jetzt von der „A. E. G." benutzt wird, nachts aus unbekannter Ursache ein großes Feuer ausgekommen, das an Zinkvorräten und anderen Materialen unbekannter Zusammensetzung schnell reiche Nahrung gefunden hatte. Der Brandmeister ließ angesichts der großen Qualmentwicklung und der süßlichen Dämpfe, die das Atmen erschwerten, die Rohrführer mit Rauchschutzanzügen und Sauerstoffapparaten ausrüsten. Durch kräftiges Löschen mit Rohren stärksten Kalibers konnte schließlich nach einer Stunde die größte Gefahr beseitigt werden.

Zweimal wurde die Feuerwehr nach der Köpenicker Straße alarmiert. Nr. 10 brannte eine Räucherkammer und 112 eine Wohnung. In der Glogauer Str. 16 hatte sich eine weibliche Person mit Gas vergiftet. Sie wurde gerettet und nach dem „Urban" gebracht. Ferner hatte die Wehr in der Alten Leipziger Straße 7/9, Fehrmarnstr. 16, Markgrafenstr. 56 und anderen Stellen zu tun.

Unser Rechtsleben und der Krieg. Die Schriften „Das Recht während des Krieges" (40 Pf.) und „Die Versorgung der Kriegsteilnehmer, ihrer Familien und ihrer Hinterbliebenen" (30 Pf.) liegen in neuen Bearbeitungen vor, und auch der „Führer für den Militärpflichtigen" (30 Pf.) hat ergänzende Zusätze gefunden, die heute wichtig sind. Die Arbeiterschaft findet in diesen Schriften den Stoff in einer Anordnung, die ihren besonderen Interessen entspricht. Zu beziehen sind die Broschüren durch alle Buchhandlungen sowie direkt vom Verlag, Buchhandlung Vorwärts Paul Singer u. Co., G. m. b. H., Lindenstr. 3.

Aus den Gemeinden.

Fleisch auf Brotkarten in Lichtenberg.

Der Lichtenberger Magistrat macht bekannt, daß die Ladenschlächter von dem ihnen zugeteilten Schweinefleisch 65 Proz., von dem übrigen Fleisch 90 Proz. im öffentlichen Verkauf an jedermann abzugeben haben. Das Fleisch darf nur auf Brotkarten, die die Seriennummer XXVII oder XXVIII haben, abgegeben werden. Auf eine Brotkarte darf nicht mehr als ½ Pfund Fleisch und an einen einzelnen Haushalt insgesamt nicht mehr als 8 Pfund wöchentlich verkauft werden. Die Brotkarten sind durch den Geschäftsstempel des Schlächtermeisters zu entwerten. Die Fleischabgabe erfolgt am Nachmittage von 4 Uhr ab des auf die Fleischzuteilung an die Schlächter folgenden Tages. Schlächter, die diese Bestimmung nicht auf das genaueste innehalten, werden unnachsichtlich von jeder künftigen Fleischzuteilung ausgeschlossen.

Aenderung in der Ausgabe des städtischen Schweinefleisches.

Nach Mitteilung des Neuköllner Magistrats wird von jetzt ab während der Sommerzeit die Ausgabe des Schweinefleisches an die Ladenschlächter Dienstags und Freitags nachmittags erfolgen, damit der Verkauf an dem darauffolgenden Mittwoch und Sonnabend stattfinden kann. Der Verkauf des Schweinefleisches an die Bezugsberechtigten erfolgt vom 10. d. M. ab Mittwochs und Sonnabends nachmittags bis zum Geschäftsschluß.

160 Proz. Einkommensteuerzuschlag in Stralau.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden zunächst die neugewählten Vertreter durch den Gemeindevorsteher in ihr Amt eingeführt. Mit kleinen Abänderungen wurde sodann der Notetat angenommen. Die Einnahme und Ausgabe desselben betragen 360 000 M. gegen 344 000 M. im Vorjahre. Der Gemeindeeinkommensteuerzuschlag wurde von 125 auf 160 Proz. erhöht. Einer Vorlage über Kriegsfürsorge für die Textilarbeiter, entsprechend den Berliner Grundsätzen, wurde zugestimmt. Zum Ankauf von Wintergemüse wurden dem Gemeindevorstand die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt.

Aus der Stadtverordnetenversammlung in Köpenick.

In der letzten Sitzung, am Freitag, den 5. Mai, stellten unsere Genossen die Anfrage, ob der Magistrat bereit sei, über den Stand der Lebensmittelversorgung in Köpenick Auskunft zu geben. Der Magistratsdezernent Baurat Kinzer erklärte sich bereit, diesem

Wunsche nachzukommen. Aus seinem in großen Zügen erstatteten Bericht ist hervorzuheben, daß die Mehl- und Kartoffelversorgung bisher ganz gut geklappt hat. Die Stadt hat sich für den Notfall mit einer größeren Menge Erbsen vorgesehen, ebenso wurde ein Abschluß in Grieß getätigt sowie für Heringe vorgesorgt. Die Fleischversorgung läßt allerdings zu wünschen übrig; die Gründe hierfür sind in Ursachen zu suchen, die außerhalb der örtlichen Kriegskommission liegen. Er hofft jedoch, daß in Kürze eine Besserung eintreten wird. An Stelle der in Aussicht gestellten staatlichen Schweinezufuhr soll gefrorenes Rindfleisch eingeführt werden. Auf Antrag des Gen. Woick wurde in eine Besprechung der Anfrage eingetreten und nahm Genosse Stühmer in längeren Ausführungen hierzu das Wort. Unser Redner anerkennt die Tätigkeit der Kriegskommission, jedoch wären dieser bestimmte Grenzen gesteckt. Es ginge nicht an, daß die einzelnen Kreise einen Wettlauf um die Lebensmittel veranstalten und er verlangte demgegenüber eine gerechte Verteilung der erzeugten und vorhandenen Lebensmittel. Außer unseren Genossen Herbst, Woick und Blum beteiligten sich noch einige bürgerliche Stadtverordnete an der Debatte, bei deren Abschluß die vom Genossen Stühmer vorgelegte Resolution einmütig angenommen wurde. Zum Schluß stand noch eine Anfrage sanitärer Natur, die Beseitigung der Mißstände am Vollkropfgraben, zur Debatte. Der Magistrat erkannte die Beschwerde als berechtigt an und will Abhilfe schaffen.

Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

In der am 1. Mai tagenden Mitgliederversammlung des Wilmersdorfer Wahlvereins entspann sich eine längere Diskussion über einen vom Vorstand eingebrachten Antrag. Er lautete:

„Der Wahlverein begrüßt den Austritt der achtzehn Genossen aus der Reichstagsfraktion und hofft, daß die nunmehr gesammelte sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft wieder wahre, proletarische, unserm Programm entsprechende Politik treiben werde; dies Unterfangen werden wir eifrig unterstützen."

Ein aus der Versammlung gestellter Nachtrag lautete:

„Gleichwohl sei der Wunsch ausgesprochen, daß zu gegebener Zeit eine Annäherung beider Fraktionen wieder stattfindet, um die Einheitlichkeit der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu wahren."

Der Vorstandsantrag wurde mit großer Mehrheit angenommen, der Nachtrag hingegen fand wenig Unterstützung und wurde daher abgelehnt.

Aus Industrie und Handel.

U-Boot-Politik und Börse.

Die Aufnahme der deutschen Antwortnote in New York spiegelt sich vielleicht am besten an der Börse wieder. W. T. B. meldet darüber:

New York, Sonnbend, 6. Mai. (Schlußnotierungen.) Die anhaltend günstige Auffassung der politischen Lage kam auch heute in dem zweistündigen Verkehr der Effektenbörse in dem ziemlich erheblichen Umsatz von 580 000 Aktien zum Ausdruck. Die gute Kauflust, die sich auf allen Marktgebieten zeigte, führte überall zu Kursbesserungen, die bei einigen von der Spekulation bevorzugten Spezialpapieren etwas erheblicher waren. Von letzteren waren die Aktien der International Mercantile Marine Co. und Kupferaktien besonders begehrt. Eisenbahnwerte konnten ihren Kursstand bis um zwei Dollar bessern. Von Industrieaktien gewannen Bethlehem Steels 5 und Stahltrustanteile $1^1/_2$ Dollar. American Smelters erhöhten sich heute um weitere 2 Dollar im Kurse und Kupferwerte besserten sich bis um 113 Dollar. Der Schlußverkehr vollzog sich in strammer Haltung.

160 Prozent Dividende.

Die „Kölnische Zeitung" berichtet in ihrer Nr. 454 vom 4. Mai über ein kaum glaubliches Bilanzierungskunststück, das die Verwaltung der Sprengstoffwerke Glückauf, Akt.-Ges. in Hamburg, versucht hat, um die Tatsache zu verbergen, daß die Gesellschaft „geradezu fabelhafte Gewinne erzielt hat". Die Gesellschaft arbeitete mit einem Grundkapital von 800 000 M. Damit erzielte sie im Geschäftsjahre 1914 einen Betriebsgewinn von 810 857 M. 1915 erhöhte sich dieser Betriebsgewinn auf 1 711 148 M. (eigentlich sogar auf 2 033 366 M., da 1915 für „allgemeine Unkosten" vom tatsächlichen Betriebsgewinn vorab 322 218 M. abgesetzt wurden — 1914 nur 62 594 M.). Als Reingewinn erscheint eine Summe von 1 383 040 M. (1914 nur 182 524 M.). 1914 wurden 40 Proz. Dividende verteilt.

Die Abschlußziffern für 1915 verschwieg die Verwaltung der Oeffentlichkeit. Sie ließ auch ihre Generalversammlung geheim tagen. In die Presse gab sie lediglich die Mitteilung, daß die Dividende auf 30 Proz. festgesetzt worden sei. Zu diesem Dividendensatz ist die Verwaltung auf folgende Weise gekommen. Die außerordentliche Generalversammlung der Gesellschaft vom 16. Dezember 1915 hat beschlossen, das Kapital um 800 000 M. zu erhöhen. Am 31. Dezember 1915 hat die Gesellschaft diese Summe als Einzahlung auf die neuen Aktien verbucht. Am 28. April 1916 hat aber die Generalversammlung beschlossen, 800 000 M. vom Reingewinn auf die neuen Aktien einzuzahlen und diese den Aktionären zu schenken. So seltsam diese Tatsachen an sich schon sind, sie werden noch eigentümlicher durch das, was weiter folgt. Die Generalversammlung vom 28. April 1916 hat nämlich außerdem beschlossen, die neuen Aktien (die nach der Buchung am letzten Tage des Jahres 1915 bezahlt worden sind, deren Bezahlung aber nach dem Generalversammlungsbeschluß — also am 28. 4. 16 — erst noch erfolgen sollte!) voll an der Dividende des Jahre 1915 teilnehmen zu lassen. Die Aktionäre erhalten demnach: 30 Proz. auf ihren tatsächlichen Aktienbesitz, Gratisaktien in der Höhe ihres Aktienbesitzes und nochmals 30 Proz. auf die Gratisaktien — das sind alles in allem 160 Proz. ihres nominellen Aktienbesitzes.

Es paßt ganz und gar zu diesem Versteckenspiel, daß die Gewinnanteile der Verwaltung, die im Vorjahre mit 34 982 M. besonders ausgewiesen wurden, diesmal ohne Angabe ihrer Höhe in dem von 62 594 auf 322 218 M. gestiegenen Posten „allgemeine Unkosten" verborgen worden sind.

Soziales.

Das Witwengeld der Kriegerwitwen.

Eine außerordentlich wichtige Frage beschäftigte die letzte Sitzung des Oberversicherungsamts in Potsdam.

Eine höchstinstanzliche Entscheidung über die Auslegung des § 1300 der Reichsversicherungsordnung, der bestimmt:

> Der Anspruch auf das Witwengeld verfällt, wenn er nicht innerhalb eines Jahres nach dem Tode des Ehemannes geltend gemacht wird,

liegt bisher hinsichtlich solcher Kriegerwitwen nicht vor, die den Tod ihres Mannes in offizieller Form nicht gleich erfahren haben. In beiden in Potsdam verhandelten Streitfällen handelte es sich darum, daß die Frauen schon im Herbst 1914 ihre Männer im Felde verloren haben. Die eine erlangte die Gewißheit über den Tod des Mannes erst einige Zeit nach der Benachrichtigung durch den Feldwebel. Die Antragstellung erfolgte einige Tage zu spät, wenn die erste Mitteilung als maßgebend angesehen wird, legt man die offizielle Todesnachricht für den Fristbeginn zu Grunde, gilt die Frist als gewahrt. Die andere Frau, die ebenfalls Nachricht erhalten hatte, ließ die Verfallzeit verstreichen, da sie noch Hoffnungen hegte und von Kameraden des Mannes Bestätigung erwarten wollte. Das Potsdamer Oberversicherungsamt erachtete zwar in beiden Fällen den Zeitraum eines Jahres als ausreichend zur Anmeldung des Anspruches, gab aber bei der Wichtigkeit der Frage für viele Kriegerfrauen beide Berufungen zur Entscheidung an das Reichsversicherungsamt ab, um eine grundsätzliche Entscheidung über die Frage herbeizuführen, von wann ab im Kriege der Fristbeginn zu berechnen ist, insbesondere ob eine nicht amtliche Verständigung dafür maßgebend sein kann. Für viele Kriegerfrauen ist die Berechnung der Anspruchsfrist eine Frage von einschneidender Bedeutung.

In den beiden vorliegenden Fällen wird ja das Reichsversicherungsamt wohl zugunsten der Witwen erkennen. Es wäre aber für andere Fälle dringend wünschenswert, daß durch Bundesratsverordnung § 1300 dahin geändert würde, daß die Frist bis zum Ablauf eines Jahres nach Aufhebung des Kriegszustandes erstreckt würde.

Ein Arbeitsvertrag mit polnischen Schlächtergesellen.

Daß Versprechen und Halten zweierlei ist, selbst wenn das Versprechen in Form eines schriftlichen Vertrages gegeben ist, haben zu ihrem Schaden eine Anzahl polnischer Schlächtergesellen erfahren, die vor dem Berliner Gewerbegericht gegen die Firma „Deutsches Handelskontor" klagten.

Die Firma hatte für ihre Fleischkonservenfabrik durch Vermittlung der Deutschen Arbeiterzentrale in Polen eine größere Zahl Schlächtergesellen engagiert. In Ostrowo wurde mit den Gesellen ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen, der ihnen einen Wochenlohn von 60 M. zusichert. Die Kläger haben aber diesen Lohn nicht bekommen, sondern nur 45 bis 50 M. und forderten durch die Klage Nachzahlung der Differenz für die ganze Arbeitsdauer, die sich auf mehrere Monate belief. Die beklagte Firma behauptete, die Kläger hätten erheblich weniger Arbeit geleistet als in Berlin von einem Schlächtergesellen erwartet werde. Deshalb habe die Firma den vertragsmäßigen Lohn nicht zahlen können. Sie habe bei der Deutschen Arbeiterzentrale angefragt, ob sie die Schlächter zurückschicken oder einen anderen Lohn mit ihnen vereinbaren dürfe. Die Deutsche Arbeiterzentrale habe geantwortet, eine andere Lohnvereinbarung sei statthaft. Dann habe die Firma mit den Schlächtergesellen vereinbart: Wer täglich wenigstens 18—20 Viertel ausschneide, bekomme 60 M. Bei geringerer Arbeitsleistung werde weniger bezahlt. Die Kläger hätten sich mit dieser Vereinbarung und dem für sie festgesetzten niedrigen Lohn einverstanden erklärt. — Diese Angabe wurde von einem Zeugen Schlapski bestätigt. Da er Polnisch und Deutsch spricht, hat er den Dolmetscher zwischen seinen Kollegen und dem Vertreter der Firma gemacht. — Die Kläger behaupteten dagegen, sie hätten ihren Kollegen Schlapski beauftragt, der Firma mitzuteilen, daß sie mit der Lohnherabsetzung nicht einverstanden seien. Schlapski habe diesen Auftrag jedenfalls nicht ausgeführt und die Firma über den Standpunkt seiner Kollegen falsch berichtet. — Eine Anzahl von Klägern wurden in früheren Terminen mit ihrer Forderung abgewiesen. Die Urteile stützten sich einerseits auf die Aussage des Zeugen Schlapski, andererseits auf den Umstand, daß die Kläger viele Wochen den herabgesetzten Lohn genommen hatten ohne Einwendungen gegen denselben zu machen.

Gestern wurde vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts wieder ein gleichliegender Klagefall verhandelt. Dieser führte aber zu einem entgegengesetzten Urteil. Der Zeuge Schlapski blieb auch diesmal wieder bei seinen früher gemachten Angaben. Aber jetzt konnte der Kläger einen Gegenzeugen stellen, der auch Polnisch und Deutsch verstand, während die Kläger nur des Polnischen mächtig sind. Dieser Zeuge bekundete, daß der gegenwärtige Kläger sich nicht mit der Lohnherabsetzung einverstanden erklärt habe. Beide Zeugen wurden vereidet. Das Gericht verurteilte die beklagte Firma zur Zahlung der geforderten 160 M. Das Urteil wurde so begründet: Durch schriftlichen Vertrag ist dem Kläger ein Wochenlohn von 60 M. zugesichert. Zu einer nachherigen in beiderseitigem Einverständnis erfolgenden Aenderung des Vertrages sind die Parteien berechtigt. Da die Beklagte aus der von ihr behaupteten Aenderung des Vertrages Rechte herleitet, so muß sie beweisen, daß eine solche Aenderung erfolgt ist. Dieser Beweis ist nicht geglückt, da sich die Aussagen der Zeugen widersprechen. Die Beklagte war also verpflichtet, den im Vertrage ausbedungenen Lohn zu zahlen. Da sie es nicht tat, hat sie die geforderte Nachzahlung zu leisten.

Gerichtszeitung.

Kindermißhandlung.

Ein Seitenstück zu dem kürzlich verhandelten Prozeß gegen Frau Koh bildete die Anklage gegen einen entmenschten Vater, der seine eigene Tochter in so barbarischer Weise verprügelt hat, daß diese ungewöhnlichen Mißhandlungen bei dem eingetretenen Tode des Mädchens mitgewirkt haben.

Der 43jährige Weichensteller Johann Sahl stand vor der 1. Strafkammer des Landgerichts III unter der Anklage, seine 1900 geborene Tochter Erna fortgesetzt und insbesondere am 28. Januar dieses Jahres vorsätzlich körperlich mißhandelt und an der Gesundheit geschädigt und sich der lebensgefährlichen und grausamen Behandlung schuldig gemacht zu haben. Der seit dem 1. Februar in Untersuchungshaft sitzende Angeklagte ist seit 1897 bei der Eisenbahn angestellt. Seine erste Frau ist 1903 gestorben; aus dieser Ehe stammen vier Töchter, aus der zweiten Ehe drei Söhne. Das jüngste Kind, erster Ehe, die Tochter Berta ist so schlecht behandelt und in jeder Beziehung vernachlässigt worden, daß ihre Lehrerin Anzeige erstattete. Das hatte zur Folge, daß das Mädchen der väterlichen Gewalt entzogen und der Anstalt des Vereins gegen Ausbeutung und Mißhandlung von Kindern in Zehlendorf überwiesen wurde. Nachbarsleute wollen bemerkt haben, daß die Töchter erster Ehe immer schlechter behandelt worden sind, als die Söhne, daß sie schlechter angezogen gingen, als jene, und sie haben auch wiederholt Geräusche gehört, die zweifellos von Schlägen herrührten. Insbesondere soll auch die kleine Berta, die schlecht genährt und oft ohne Frühstück in die Schule geschickt worden sein soll, nachdem sie vorher schon damit beschäftigt worden war, Knöpfe an Blusen anzunähen oft mit dem Rohrstock und einem Knieriemen verprügelt worden sein, so daß sie fürchterlich geschrien habe. Auch die verstorbene Tochter Erna hat viel unter Züchtigungen des Vaters zu leiden gehabt, wie die nach ihrem Tode festgestellten und photographisch festgehaltenen furchtbaren Verletzungen an ihrem Körper beweisen. Am 28. Januar hat der Angeklagte das Mädchen wegen einer kleinen Näscherei in unmenschlicher Weise so geschlagen, daß eigentlich kein Fetzen der Haut an ihrem Körper mehr heil war. Der Vater hat in der unbarmherzigsten Weise zugehauen, er muß nach dem Befunde etwa hundertmal losgedroschen haben, ganz gleich wohin er traf. Es sind etwa 40 bis 50 Verletzungen am Halse, an der Brust, an den Schultern, auf dem Rücken, den Hinterbacken, den Oberschenkeln, am Gesicht usw. nachgewiesen worden, von denen ein großer Teil ganz frisch war. Nach dem körperlichen Befunde muß der Angeklagte — was er auch zugab — häufig das mehr als 15jährige Mädchen so gezüchtigt haben, daß er in seiner Wut auch den entblößten Hinterteil verdrosch. Die barbarische Züchtigung am 28. Januar hat das Mädchen unter leisem Wimmern ertragen und man hat sich damit begnügt, lauwarme Umschläge zu machen. Der Vater hat sich weiter gar nicht um das Mädchen bekümmert, sondern ist am nächsten Morgen ruhig in seinen Dienst gegangen. Nun hatte das arme Mädchen am nächsten Morgen — möglicherweise infolge des als Folge der Mißhandlungen eingetretenen Schwächezustandes — noch einen bedauerlichen Unfall erlitten. Als es mit einem Eimer heißen Wassers sich an die Arbeit des Reinemachens machte, fiel es zur Erde, das heiße Wasser ergoß sich über sie und verbrühte ihr in erheblicher Weise den Arm. Als der Angeklagte abends nach Hause kam, fand er das Mädchen im Bett liegend, nahm aber gar keine Veranlassung, schleunigst ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Nachts um 2 Uhr lag das Kind im Sterben, der Angeklagte hat aber auch diese Tatsache nicht zum Grund irgend welcher Erregung angesehen. Erst als er zur Polizei ging, um einen Totenschein einzufordern und der Arzt einen solchen zur Ermöglichung des Begräbnisses nicht ausstellen wollte, ging ihm wohl ein Verständnis dafür auf, was er angerichtet hatte. Der in seine Wohnung entsandte Kriminalbeamte fand an dem Körper der Toten die deutlichen Spuren der dem armen Kinde zugefügten fürchterlichen Mißhandlungen und daraus ergab sich die Erhebung der Anklage. — Nach dem Gutachten des Medizinalrats Dr. Störmer ist das Mädchen gestorben an einer Kombination der Verbrühung mit den schweren, mit größter Brutalität ihr zugefügten frischen Verletzungen. — Nach umfangreicher Beweisaufnahme beantragte Staatsanwalt Assessor Erich gegen den Angeklagten vier Jahre Gefängnis. Das Gericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Klusemann hielt den Angeklagten nicht der fortgesetzten Körperverletzung, sondern nur in dem einen Falle des 28. Januar für überführt, dagegen nicht den Todeserfolgung der Körperverletzung für vorliegend. Mit Rücksicht auf die unmenschliche, das Leben des Kindes gefährdende Behandlung verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und rechnete ihm drei Monate als verbüßt an.

Prozeß Schiffmann.

Vor der Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Geier begann gestern die Verhandlung gegen den Grundstücksspekulanten Leo Schiffmann, dessen wirkliche Vornamen nach Behauptung der Anklagebehörde „Leib Wolf" lauten sollen.

Der jetzt 45 Jahre alte Angeklagte sitzt seit dem 27. Februar 1913 in Untersuchungshaft. Er ist im Jahre 1871 in Drohobycz in Galizien geboren, österreichischer Staatsangehöriger, verheiratet mit Esther Rechel geb. Weinberg und Vater zweier Kinder im Alter von 18 und 20 Jahren. Die Anklage beschuldigt ihn, in drei selbständigen Handlungen 1. in den Jahren 1908—1910 die Vereinsbank in Frankfurt a. O. A.-G. durch betrügerische Handlungen um 1 600 000 M. geschädigt zu haben, insbesondere durch die Vortäuschung: die von ihm bei der Bank als Pfand hinterlegten Hypotheken seien eine ausreichende Sicherheit für die ihm gewährten Darlehen; 2. einen Betrug in Höhe von mindestens 25 000 M. gegen die Bank dadurch begangen zu haben, daß er ihr vorspiegelte, die Zinsen für drei in Frage stehende Hypotheken aus eigenen Mitteln bezahlt zu haben; 3. einen Betrug gegen die Bank ausgeführt zu haben, indem er ihr vorspiegelte, die der Vereinsbank abgetretenen Mieten in Höhe von 14 000 M. im Falle ihrer Freigabe zur Zahlung fälliger Hypothekenzinsen verwenden zu wollen.

Nach längeren Verhandlungen über formale Dinge erklärte der Angeklagte, daß er das gesamte Kollegium wegen Befangenheit aus sachlichen Gründen ablehne. Eine längere mündliche Begründung schnitt der Vorsitzende als unzulässig ab, da aber Rechtsanwalt Dr. Halpert die Zulässigkeit auf Grund der Bestimmungen der Strafprozeßordnung behauptete, zog sich der Gerichtshof noch einmal zur Beratung zurück. Es wurde dann dem Angeklagten gestattet, die Gründe seines Antrages vorzutragen. — Hierauf wurde die Verhandlung bis Dienstag 10 Uhr unterbrochen.

Parteiveranstaltungen.

Borsigwalde-Wittenau. Der Zahlabend für sämtliche Bezirke findet Mittwoch, den 10. d. M., abends $8^1/_2$ Uhr, bei Wottschack statt. Tagesordnung: Kassenbericht und Neuwahl des Vorstandes.

Groß-Lichterfelde. Mittwoch, den 10. d. M., abends $8^1/_2$ Uhr: Monatsversammlung. Tagesordnung: Abrechnung vom 1. Mai. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Köpenik. Mittwoch, den 10. Mai: Gemeinschaftlicher Zahlabend beim Gen. Rob. Riek, Grünauer Str. 7.

Aus aller Welt.

Wie es gemacht wird.

„Bei der Untersuchung des Kriegswuchers kommen, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung", allerhand Dinge ans Licht, von denen man bisher zwar munkelte, die man aber doch auch wieder kaum für möglich hielt. So wurde z. B. festgestellt, daß gepökeltes Fleisch, Konserven und dergleichen, die schon lange fertig vorhanden waren, schon in fünf und sechs Hände gekommen sind und immer noch in ihrem ursprünglichen Lagerraume liegen. Sie sind eine sehr gesuchte Handelsware, bleiben aber ruhig liegen, wo sie sind, und werden nur von einer Hand zur anderen immer teurer. Zu den Steigerungen des Kaufpreises an sich kommen immer neue Vermittlergebühren, die auch noch draufgeschlagen werden. So werden die Sachen gehandelt und verteuert, ohne jemals an die Verbraucher zu kommen. Unerlaubte Preiserhöhungen haben besonders auf dem Gebiete des Seifenhandels durch besondere Kniffe stattgefunden. Großhändler haben es so einzurichten gewußt, daß die Verbraucher auch diese Waren, die noch billiger hergestellt waren und billiger abgegeben werden konnten, nur zu neuen höheren Preisen in die Hände bekamen. Sie haben Kleinverkäufern entweder nur geringe Vorräte zur Verfügung gestellt oder ihnen gleich Zettel zum Ueberkleben der alten Preise mitgesandt, so daß sie zu bestimmten Zeiten in der Lage waren, die billigeren angemessenen Preise durch neue, nicht berechtigte zu ersetzen. Die Kleinhändler mußten diesen stillen Abmachungen nachkommen. Jetzt kommen immer mehr derartige unlautere Machenschaften auch zur Kenntnis der Behörden."

Ein vornehmer Steuerhinterzieher. Vor der Dortmunder Strafkammer sollte sich Sonnabend der Bergwerksdirektor a. D. Felix Bruchausen, zuletzt in Bonn wohnhaft, wegen fortgesetzter Steuerhinterziehung verantworten. Da Bruchausen nicht erschienen war, das Gericht ihn auch der Tat für hinreichend verdächtig hielt, wurde gegen ihn ein Haftbefehl erlassen. Wie es nach der „Frankfurter Zeitung" heißt, hat Bruchausen sich in die Schweiz begeben.

Unfall des Oberbürgermeisters von Köln. Der Kölner Oberbürgermeister Wallraf wurde auf der Jagd von einem Unfall betroffen. Beim Abgeben eines Schusses zersplitterte sich das an dem Gewehr befindliche Fernrohr und verletzte ihm das Auge so, daß der Verlust der Sehkraft zu befürchten ist.

Eifersuchtstat eines italienischen Hauptmanns. In Spezia erschoß der Hauptmann Bettolo, der Neffe des Admirals Bettolo, aus unbegründeter Eifersucht seine Frau, eine geborene Marquise Renedi, und einen Geistlichen, den er für den Geliebten seiner Frau hielt. Nach Ausführung der Tat tötete sich der Hauptmann durch einen Revolverschuß.

Sturmverheerungen auf Sizilien. Wie aus Lugano depeschiert wird, melden die norditalienischen Blätter aus Palermo, daß dort zwölf Stunden lang furchtbare Stürme gewütet und sowohl im Hafen an dort verankerten Schiffen als auch in der Umgebung der Stadt sehr bedeutenden Schaden angerichtet haben. Fast sämtliche Zitronen wurden zu Boden geworfen, alle Gemüsearten vollständig vernichtet und Tabakpflanzungen zerstört.

Großfeuer in Wilna. Ein Großfeuer äscherte in Wilna zwölf Wohnhäuser ein, zum Teil auch das Gefängnis.

Eingegangene Druckschriften.

Die Glocke. Heft 6. Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus. 20 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft, München.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Zunächst kühl und veränderlich mit öfter wiederholten Regenfällen. Später von Westen nach Osten fortschreitende Aufheiterung und wieder etwas wärmer.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

K. 150. Nein. — **A. T. 100.** Entzündung des Zwölffingerdarms. — **Dr. B. 1.** Sachdienliche Auskunft in dieser Angelegenheit erhalten Sie beim Direktor der „Höheren Technischen Lehranstalt der Stadt Berlin", Herrn Boll, Berlin N, Glitscher Str. 37. — **M. S. 2.** Darüber ist uns Mitteilung nicht zugegangen. — **Charlottenburg 333.** Uns nicht bekannt. Können Sie vielleicht beim Metallarbeiterverband erfahren, Linienstraße 83/85. — **K. 3.** Teilen Sie uns Ihre Adresse mit, dann werden wir Ihnen das Gewünschte übermitteln, weil für den Briefkasten zu umfangreich. — **M. W. 25.** Darin haben wir keine praktische Erfahrung gesammelt. Wenden Sie sich um Auskunft an die Zeitschrift „Deutscher Kanarienzüchter", Lindower Str. 18/19. — **L. 56.** „Gut Deutsch" ohne Lehrer, Preis 1,— M. Zu haben in der Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 3. — **B. u. M. 37.** Wenden Sie sich unter Berufung auf uns an Herrn Leo Kestenberg in Halensee, Joachim-Friedrich-Straße 33. — **Lucy.** Vielleicht Ausbildung zur Zeichnerin für das Kunstgewerbe. Lehranstalten in Berlin: Die Kunstschule (Klosterstraße 75), die Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbe-Museums (Prinz-Albrecht-Straße 7). Näheres erfahren Sie dort. — **B. F. 112.** Wir würden dem Vater empfehlen, ein Gesuch an das Generalkommando einzureichen. — **K. W. 33.** Das Beköstigungsgeld kann Ihnen nicht vorenthalten werden. Der Anspruch stützt sich nicht auf eine gesetzliche Bestimmung, sondern auf eine Kabinettsorder vom 21. Dezember 1915. — **K. 1000.** 1. Nein. 2. Ist nicht zulässig. — **O. P. 99.** 1. Fragen Sie beim Wasserbauamt Bergstr. 2 oder Invalidenstr. 52 an. 2. Der Schuldschein muß gestempelt sein, die Stempelsteuer würde etwa 8 M. betragen. Die Kosten trägt der Schuldner. — **O. P.** Gegen den zum Militärdienst Eingezogenen können Sie die Forderung jetzt nicht geltend machen. — **K. 5.** Die Erben sind verpflichtet, die Miete zu zahlen. — **L. H. 100.** Nein. — **W. N. 30.** 1. Sie könnten evtl. auf Lösung des Vertrages klagen; wenn Sie aber die Möglichkeit haben, die Wohnung zum 1. Oktober zu kündigen, würde das zu empfehlen sein. 2. Ohne Lösung des Vertrages können Sie nicht ziehen. 3., 4. und 5. Nein. —

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 3. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Nachruf.

Am 28. April verstarb im 59. Lebensjahre unser Mitglied, der Krankenkassenangestellte

Emil Schulz

Bezirk 246.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand am Dienstag, den 2. Mai, statt.

209/13 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.

Görlitzer Viertel. Bezirk 202.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genosse, der Tischler

Karl Eschenhorn

Reichenberger Str. 123

gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung fand am Montag, den 8. Mai, statt.

214/4 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die herzliche Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, des Restaurateurs

Bruno Petermann

sagen wir allen Verwandten und Bekannten unseren innigsten Dank.

Ww. Anna Petermann u. Kinder.

Verein der Stereotypeure und Galvanoplastiker Berlins u. Umg.

Unseren Kollegen die traurige Nachricht, daß unser langjähriger Kollege

Karl Schulz

nach langem, schweren Leiden im 65. Lebensjahre verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. Mai, pünktlich 5½ Uhr nachmittags, von der Leichenhalle des neuen Luisen-Kirchhofes, Neukölln, Hermannstraße, aus statt. 283/17

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Eva Schelske geb. Teuert

am 6. Mai, vormittags 2¼ Uhr, nach kurzer, schwerer Krankheit verstorben ist. 66b

In tiefem Schmerz
Hermann Schelske als Gatte,
Irma als Tochter,
Wilhelm und **Gertrud Teuert** als Eltern,
Georg als Bruder,
Wilhelm als Bruder,
Ernst als Bruder,
Anna als Schwägerin,
Anna als Schwägerin.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter

Johann Litfin

am 5. d. Mts. im Alter von 53 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des neuen Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

64/16 **Die Bezirksverwaltung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Lichtenberg.

Am 6. Mai verstarb unser Mitglied, die Genossin, Frau

Eva Schelske

Finowstr. 25 (Gruppe 8)

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

13/4 **Die Bezirksleitung.**

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 5. Mai verstarb unser Parteigenosse

Heinrich Mebes

Emser Straße 94/95, 14. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, den 9. Mai, nachmittags 4½ Uhr, auf dem Jakobi-Kirchhof, Hermannstraße, statt.

237/12 **Der Vorstand.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Deutschen Wagenbauer.

Bezirk 16.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied

Frau Gliffe

verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, auf dem neuen Thomas-Kirchhof statt. 257/9

Der Vorstand.

Münzen kauft u. verkauft **Rob. Ball** Münzenhandlung Berlin, Wilhelm-Strasse 46/47.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Nachruf.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Werkzeugmacher

Walter Pätzold

am 30. v. M. gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

116/8 **Die Ortsverwaltung.**

Nach langem schmerzvollen Leiden ist am 6. Mai meine liebe, herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante 1328

Ida Mücke

geb. Schmette

im 48. Lebensjahre sanft entschlafen.

Um stille Teilnahme bittet

Klara Mücke.

Die Beerdigung findet Dienstag, 9. Mai, nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Matternstr. 19, aus auf dem Auferstehungs-Kirchhof in Weißensee statt

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unsere liebe Tochter und Schwester

Martha Mahlke

im Alter von 17 Jahren nach langer Krankheit verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Albert Mahlke und Frau nebst Kindern.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,

Inh.: P. Golletz

Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 364

H. Pfau, Bandagist

Berlin C., **Dircksenstraße 20**

zwischen Bahnhof Alexanderplatz und Polizeipräsidium. — Amt Kat. 3208.

Für Damen Frauen-Bedienung.

Lieferant für alle Krankenkassen

In Freien Stunden

Die Wochenschrift für Arbeiterfamilien

Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Bei Blutarmut

Bleichsucht, Appetitlosigk., allgem. Schwäche besond. bei Frauen u. Kindern ist das wohlschmeck. Haematicum-Glausch ärztl. bevorz. Gr. Fl. 2.50 b. alle Apoth.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. Amt Mpl., 3014.

7. Preußisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 2. Ziehungstag 8. Mai 1916 Vormittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

233 90 342 478 635 742 1038 108 331 608 790 813 967 2503 615 50 60 690 963 3028 269 376 640 (1000) 99 609 94 706 907 4128 211 12 96 (500) 637 69 747 696 902 5043 766 (1000) 365 63 432 81 752 69 (1000) 848 991 6160 345 607 29 674 94 (3000) 642 7234 310 562 968 8043 126 54 99 481 626 63 68 74 75 654 627 84 906 34 (1000) 78 9236 46 611 763 918

10163 201 5 362 80 612 880 11030 349 69 (1000) 436 64 684 12042 202 80 313 476 687 (3000) 722 13041 64 91 176 688 14114 65 396 361 497 698 689 763 597 942 (500) 15172 385 370 440 541 67 607 9 717 872 16047 (1000) 171 278 306 625 796 820 81 (1000) 968 17313 642 45 48 83 973 18024 250 694 628 (1000) 67 70 942 86 19316 455 626 63 79 769 80 871 669 (1000)

20067 124 (1000) 376 455 90 626 742 67 21218 308 33 651 (1000) 86 602 815 65 22346 (1000) 427 47 540 604 (500) 58 94 23400 13 666 678 940 (1000) 84 24309 671 (500) 763 893 (500) 930 97 25077 229 541 650 (3000) 26042 122 204 430 509 90 760 27068 214 (500) 362 90 97 745 967 28042 491 619 63 858 65 67 96 733 (500) 29161 245 386 469 633 716 867 907 61 67

30329 (3000) 724 31089 106 24 64 264 (1000) 81 86 466 638 660 682 939 32030 86 116 247 346 (3000) 431 610 679 (1000) 741 44 61 (500) 826 27 33021 (1000) 66 86 186 367 412 640 63 787 97 946 34070 817 468 60 620 27 64 801 912 35605 730 800 971 (500) 36126 217 60 320 610 704 906 11 33 37067 124 55 200 (500) 377 88 689 608 639 920 38087 238 343 608 (500) 929 68 39242 307 68 90 413 653 877

40018 41 278 329 64 87 433 736 875 41056 42 102 212 (500) 44 366 627 692 780 820 24 42103 47 226 338 452 (3000) 694 (3000) 807 66 906 (500) 43020 368 441 618 613 17 (3000) 24 710 (500) 58 67 44435 49 564 906 45083 91 287 630 46 807 911 (500) 46042 302 400 587 807 47080 (1000) 222 42 (500) 99 386 489 54 776 86 48016 43 131 62 360 406 632 46 98 (3000) 712 (1000) 71 49043 70 100 266 370 624 69 607 14 737 846 87

50008 206 663 814 80 51250 (500) 383 560 856 94 929 52007 154 69 214 (1000) 498 912 62 84 53173 436 729 848 908 63 54000 102 246 60 (3000) 518 23 72 696 748 55036 229 97 (1000) 335 60 434 76 (500) 665 763 826 86 (1000) 976 56006 9 399 (3000) 476 629 679 707 12 (3000) 43 817 (3000) 973 57146 62 (500) 437 674 802 960 89 58044 189 8 408 62 651 994 59003 132 61 763 836 (5000) 81

60003 653 78 794 886 61024 63 (5000) 128 264 356 84 431 32 516 851 62031 (1000) 40 (1000) 173 226 27 (1000) 656 72 625 716 (500) 682 93 63037 144 360 432 600 66 962 (3000) 64076 98 342 452 634 697 953 65063 66 126 310 370 449 682 739 81 856 66208 300 (500) 65 467 546 59 630 726 71 75 843 972 67841 (1000) 99 981 92 68113 345 (3000) 630 69 930 69090 331 451 619 601 67 901

70110 67 227 653 650 811 902 71204 504 71 81 465 647 90 718 60 876 72229 65 79 396 431 59 618 74 (3000) 766 812 (500) 73072 135 402 547 71 636 38 709 19 (500) 651 44 990 74173 (500) 615 767 812 986 75063 172 222 (1000) 341 (1000) 63 681 702 47 77 940 41 (3000) 76003 52 127 371 87 655 715 (1000) 801 (1000) 969 77161 209 22 348 66 91 94 449 63 76 763 (3000) 884 78026 199 366 797 79182 309 447 628 876 984 99

80038 69 63 114 64 290 301 11 18 402 762 66 92 971 81106 311 46 483 549 603 82008 109 360 486 99 83021 366 424 49 640 594 864 84273 320 96 636 (3000) 930 85108 38 45 277 307 660 53 (500) 849 86018 97 309 76 807 15 99 728 87200 58 73 472 661 608 746 64 69 815 27 65 926 84 84 88012 182 44 (5000) 228 326 466 721 806 89023 61 100 59 87 241 (1000) 440 684 647 631 969

90030 (1000) 132 40 280 88 399 616 768 86 800 61 58 909 84 91021 122 344 429 81 (1000) 657 60 898 171 859 908 92000 40 76 162 24 267 316 594 603 69 772 805 (1000) 93003 239 666 794 823 44 83 62 94236 66 333 49 63 401 38 68 709 624 38 37 47 49 81 955 95003 96 166 206 14 323 659 700 918 23 96273 366 653 601 71 97030 (500) 103 321 60 429 748 957 (500) 98093 116 208 377 673 810 10 968 99090 (1000) 96 433 94 (500) 610 767 [illegible]

100010 33 190 331 466 528 618 22 25 960 101188 305 449 177 931 94 102056 104 73 217 389 (1000) 418 29 730 845 103094 133 380 396 827 638 64 68 819 104031 61 141 301 21 90 349 400 105126 218 316 445 782 97 826 901 76 87 106089 130 46 (1000) 231 314 435 64 656 (500) 780 936 107009 07 132 58 267 349 70 642 108142 46 290 301 10 610 43 (1000) 949 109129 60 365 629 633

110399 461 66 602 780 98 801 111080 161 (500) 351 411 785 (1000) 112029 363 95 391 433 660 65 641 113055 110 228 (500) 644 656 114013 97 106 65 62 273 94 327 77 460 575 (500) 763 71 894 (1000) 943 115032 136 94 388 796 870 (500) 84 917 72 116052 (500) 172 391 401 15 606 117069 286 567 777 853 118158 (1000) 274 87 425 856 634 72 98 119030 70 678 786 (500) 951 (500)

120143 494 629 46 98 700 964 81 99 121062 210 348 88 98 429 (1000) 516 122235 69 80 322 677 623 74 860 123046 67 331 628 629 929 36 38 124043 102 676 (1000) 778 803 910 125039 111 65 321 25 82 (1000) 661 980 126026 113 44 79 371 (500) 439 742 84 127067 66 153 212 (500) 236 66 (1000) 92 406 36 97 628 77 786 808 69 926 64 128026 207 39 35 370 (500) 478 628 63 718 44 860 129042 272 428 635 605 79 708 78 801 924 63 79

130587 630 66 600 733 54 131182 261 (500) 361 427 56 676 662 64 722 78 807 847 (500) 64 132069 306 (1000) 31 474 626 641 64 79 830 82 133145 471 (500) 678 706 20 636 77 134034 104 262 (1000) 66 96 397 (1000) 668 730 135234 96 918 71 136027 306 18 61 89 492 571 651 770 966 69 137158 385 409 45 63 668 717 931 86 138226 (3000) 360 430 673 81 607 719 806 97 139009 33 168 63 (3000) 99 276 81 368 629 93 (3000) 710 (1000)

140081 652 924 141263 804 (1000) 98 638 70 767 861 86 986 142004 61 186 203 843 (3000) 419 673 (500) 709 864 (300) 917 143278 344 91 968 (1000) 144170 263 345 69 80 96 665 145110 204 74 397 736 99 146161 537 636 49 80 796 (500) 147006 (1000) 120 207 (1000) 368 455 62 670 612 815 27 984 148004 61 77 186 286 547 77 650 89 737 813 149036 (500) 135 84 370 402 623 624 61 (500) 96 797 866

150010 68 482 619 703 (1000) 801 10 66 969 151201 877 (1000) 444 646 79 967 73 86 152245 676 693 720 30 69 829 (1000) 91 945 97 153252 673 (500) 702 19 828 (500) 51 154129 211 14 67 896 612 51 764 926 84 (1000) 155004 22 75 110 46 96 267 86 93 408 34 563 647 (1000) 75 68 718 814 901 63 156039 263 94 333 410 843 (1000) 931 157136 400 19 610 (3000) 16 966 158106 368 609 69 644 67 890 924 159031 97 110 20 (1000) 77 439 632 (3000) 723 900 34 35

160189 214 24 327 986 161243 364 69 739 81 162064 (1000) 124 234 366 434 36 (500) 64 666 736 827 61 60 (1000) 55 (500) 901 96 163004 35 413 (500) 808 (1000) 662 906 44 164074 204 301 626 73 769 96 861 81 165004 (500) 284 829 61 941 166244 392 99 (1000) 575 642 602 167123 218 668 (500) 687 (3000) 716 89 96 893 923 168130 269 451 666 769 819 (500) 39 169181 351 418 31 869 (3000) 997

170162 236 319 471 61 613 609 61 708 968 171222 71 407 647 92 726 44 859 968 172012 71 84 306 (1000) 18 36 40 480 542 644 71 76 781 173196 639 862 174367 464 544 643 89 90 720 91 802 65 (500) 71 926 40 175170 219 401 (500) 29 59 41 731 97 176132 73 224 45 369 66 416 96 742 (1000) 43 (3000) 177001 11 36 142 66 269 328 63 (3000) 403 (1000) 96 617 969 178023 404 17 65 601 64 709 964 179131 (1000) 33 (500) 34 247 318 410 640 691 701 879 902

180245 370 416 (500) 679 656 76 760 811 36 (1000) 46 181060 136 668 828 60 59 182003 130 69 270 354 (1000) 449 636 697 94 183026 249 60 630 722 28 66 71 807 184067 109 11 209 66 66 478 618 669 761 (1000) 840 70 921 185163 65 266 306 46 408 734 971 (500) 81 186017 47 166 209 67 429 34 668 (1000) 968 187282 372 80 409 34 603 62 639 90 808 72 188230 473 632 (1000) 64 966 189002 101 62 356 446 640 (3000) 622 700 64 839

190213 456 679 620 78 733 966 191056 70 (3000) 672 621 (1000) 84 192182 367 489 763 193067 869 691 828 966 81 194000 126 223 92 348 (1000) 642 66 606 939 (500) 195015 (1000) 228 40 87 713 857 915 196112 262 80 364 66 422 646 600 42 (1000) 89 761 896 928 197091 (500) 164 398 406 606 (1000) 54 603 49 198277 741 882 943 64 199409 664 865 981

200061 69 194 87 284 360 463 (1000) 614 604 733 828 201032 149 230 34 49 (3000) 84 403 74 (3000) 611 799 639 964 202066 217 77 432 60 788 69 939 203184 307 79 643 72 709 29 32 (1000) 901 26 60 91 204099 (1000) 107 (1000) 21 68 64 297 333 446 (3000) 640 721 64 676 966 205021 104 362 91 400 45 643 83 736 206010 56 100 (1000) 86 212 (500) 36 77 332 97 667 871 62 207004 96 264 329 36 667 767 71 963 208188 (500) 217 311 33 42 426 577 604 81 733 (500) 94 862 209033 173 306 643 (500) 640 64 (500) 766 87 816 909 67

210006 36 37 63 (3000) 76 138 209 66 60 327 (500) 431 967 (1000) 61 (1000) 966 (500) 87 93 211058 346 90 606 65 212087 193 (500) 406 66 591 698 789 814 213639 (500) 983 214134 62 239 54 332 63 668 600 720 46 96 614 63 901 86 215001 166 362 611 27 71 742 216045 286 91 (500) 477 563 96 608 30 78 638 965 217266 (500) 402 6 795 871 74 218028 404 38 500 26 65 670 760 807 (500) 884 96 219228 321 46 477 677 (1000) 728 83 896 936

220056 66 97 169 (500) 268 439 65 624 38 40 690 731 221001 194 442 77 640 923 222126 941 337 406 (500) 86 641 690 (500) 781 866 98 966 223159 308 87 480 731 224139 (10000) 78 805 406 (500) 61 669 71 602 777 968 225052 115 14 644 96 427 606 787 646 94 (500) 941 63 226226 (3000) 433 61 (1000) 640 703 679 961 227140 316 46 433 87 90 615 48 615 714 228148 406 644 743 901 229106 (500) 16 39 64 73 271 460 782 97 906 36 43 65 69 96

230182 309 22 401 68 97 696 636 64 619 966 231029 201 87 474 810 28 33 602 66 746 806 (1000) 963 232066 (500) 453 860 642 72 734 57 614 916 17 91 233290 326 (3000) 626 45 65 766 917 33

Berichtigung: In der Ziehung vom 6. Mai vormittags ist **46875** mit 500 M. angegeben, 46530 mit 240 M., ebenso **114124** mit 500 M. und 114161 mit nur 240 M. gezogen worden.

7. Preußisch-Süddeutsche (233. Königl. Preuß.) Klassenlotterie

5. Klasse 2. Ziehungstag 8. Mai 1916 Nachmittag

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.

Nur die Gewinne über 192 M. sind in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr A. St.-A. f. Z.) (Nachdruck verboten)

70 84 165 367 (500) 408 639 72 762 (500) 816 71 1362 456 (500) 667 738 (1000) 2117 60 601 30 86 677 79 784 (3000) 89 90 831 37 59 984 3091 266 326 496 547 (500) 83 615 710 4219 (1000) 364 96 667 704 66 961 5073 108 (1000) 37 (1000) 79 288 419 76 662 696 6096 (1000) 439 63 628 707 74 905 7065 481 606 62 769 86 953 66 8076 440 561 63 (1000) 9099 (1000) 320 647

10001 144 67 203 68 328 636 (500) 760 11161 62 370 632 66 92 991 12003 (500) 7 72 336 771 13067 (500) 302 564 600 732 848 78 82 14166 672 15143 296 335 (1000) 638 91 757 936 43 16029 (1000) 136 (500) 291 324 97 44 495 649 767 662 17111 65 476 806 45 72 89 (500) 18316 440 (1000) 702 19075 349 618 701 10 18

20113 45 329 69 398 610 (1000) 676 651 97 807 (1000) 21218 39 396 736 903 22297 98 467 566 89 728 967 (1000) 23046 (3000) 298 392 470 685 672 96 771 93 932 50 24127 65 415 627 63 763 867 68 926 25071 166 86 369 495 614 720 62 26247 74 532 722 39 64 823 (3000) 912 77 27096 206 77 449 66 635 37 622 28106 90 279 92 333 493 561 63 686 953 54 29 061 334 490 604 30

30013 126 97 227 43 (500) 69 372 (3000) 407 987 31020 87 46 (500) 216 369 679 738 849 990 (1000) 91 32008 9 77 09 120 303 67 424 804 33096 261 348 473 614 69 719 961 75 80 34003 64 169 311 47 329 460 643 673 634 993 35018 169 438 603 670 767 876 36119 81 306 20 61 601 11 717 868 37264 330 606 776 909 38136 79 307 468 646 47 85 702 98 947 (3000) 39058 79 (6000) 141 68 436 81 673 97 641 891 969 (500)

40174 218 27 361 22 403 20 612 14 717 32 (1000) 92 990 41067 384 565 89 749 924 42033 116 (1000) 233 (3000) 434 72 81 667 950 43119 446 69 (3000) 563 734 816 932 44134 360 487 674 86 703 (500) 817 45485 88 696 626 (500) 817 46076 162 226 90 339 73 414 661 47063 164 249 (3000) 430 90 634 44 700 865 48070 77 (500) 91 108 464 626 73 629 69 (1000) 755 84 889 49024 49 132 48 342 67 636 86 879 81 (1000)

50063 316 426 (500) 534 762 968 51019 63 184 201 341 476 606 14 636 910 66 52270 863 65 96 418 677 726 (1000) 826 968 53015 41 (500) 98 136 68 298 476 633 44 695 839 927 (500) 93 54141 236 49 668 650 727 816 999 55044 123 70 (3000) 398 664 (1000) 56067 212 308 62 673 696 968 96 947 57038 (3000) 76 218 426 602 12 667 789 90 840 43 55 58054 86 93 131 (1000) 67 97 456 77 84 (1000) 663 989 59011 204 320 67 697 869

60593 651 (500) 798 868 932 90 91 61044 164 89 96 366 428 57 77 671 778 83 62302 462 891 26 (3000) 63149 236 76 97 366 690 (500) 791 (1000) 940 83 64132 302 457 580 618 30 48 761 869 927 65303 16 (500) 93 362 622 748 66107 294 366 470 615 631 717 70 816 67010 256 263 479 544 607 736 68134 204 466 620 835 93 999 69007 31 123 210 16 323 407 25 743 77 895 931 (500)

70074 396 97 341 (3000) 461 796 846 98 (3000) 966 71127 246 337 662 636 62 711 72024 (500) 107 665 76 869 73098 106 21 38 66 267 418 49 606 (3000) 678 788 829 74111 18 39 366 418 617 706 30 (500) 75169 (500) 249 (500) 71 99 472 664 665 (500) 787 888 76064 306 26 68 336 638 72 (5000) 666 717 809 969 77112 (3000) 237 46 77 (1000) 302 409 66 94 652 64 90 732 837 78236 332 406 39 661 690 96 722 79069 137 81 503 406 (500) 61 627 616 17 878 997

80213 37 96 744 81087 99 (3000) 104 216 368 63 (5000) 626 (3000) 62 684 760 636 91 904 (500) 82112 23 264 79 386 732 83173 206 671 (3000) 84 (500) 769 78 893 (500) 84167 302 (1000) 90 433 636 40 650 768 627 (500) 955 (500) 96 85036 148 61 204 37 488 717 30 86 536 869 86078 613 865 87210 418 671 68 96 781 96 99 88192 263 423 80 (500) 692 612 827 48 89028 67 71 327 475 (3000) 76 663 84 845 777 886

90009 47 220 366 (10000) 451 606 704 (3000) 50 91138 60 227 673 99 636 962 (1000) 92034 663 611 67 776 838 991 93109 32 217 (500) 33 634 796 97 894 94015 273 454 682 (500) 746 877 95111 84 787 685 688 743 96032 79 196 208 460 623 732 62 909 68 (500) 96 97371 466 611 786 (1000) 98170 383 402 64 760 (1000) 680 967 99029 61 (500) 164 407 (1000) 19 643 711

100186 299 363 495 665 647 74 (3000) 800 46 80 926 101032 (1000) 302 (1000) 486 606 778 973 102019 146 231 364 624 609 37 736 842 103036 86 166 366 (500) 361 421 634 (10000) 46 678 808 104064 128 87 393 474 897 854 59 105143 237 661 (1000) 76 711 899 106069 113 21 (1000) 268 634 864 107193 11 414 64 646 69 (3000) 931 86 108104 406 7 46 637 (500) 611 726 940 109180 690 903

110030 613 780 (1000) 609 111021 296 46 446 606 604 (3000) 112182 379 63 93 093 113230 296 432 808 10 26 670 782 114017 262 629 906 76 115120 669 76 116062 118 37 394 117093 214 41 62 304 476 606 71 796 (500) 118036 41 348 409 632 602 16 669 81 119212 309 66 431 666 760 33

120214 402 96 623 29 (10000) 791 922 934 68 121014 78 160 391 71 417 (1000) 20 38 (500) 671 631 744 (3000) 910 69 (500) 84 122174 466 673 679 990 123100 23 269 76 329 (500) 416 664 611 66 61 76 78 766 661 124260 (3000) 62 (500) 318 447 638 733 679 125036 168 219 344 64 498 662 763 76 79 806 126039 154 217 471 86 611 98 617 61 703 806 127295 316 466 (3000) 553 771 77 844 47 90 128029 89 266 492 833 916 129036 110 81 200 445 64 636 (1000) 661 64 722 98

130179 289 740 57 86 814 42 63 64 961 131114 69 206 (500) 57 (500) 430 67 639 96 132089 126 (500) 66 68 79 262 332 (1000) 43 (1000) 417 (500) 613 93 632 37 133003 164 277 318 59 610 91 633 48 776 830 64 134212 61 417 37 621 669 135061 120 40 (1000) 479 642 677 61 723 618 136010 13 46 164 564 612 846 963 137061 97 118 (500) 23 63 92 374 (1000) 419 881 (1000) 96 138237 362 429 86 689 139004 286 74 360 70 424 27 (1000) 76 (500) 834 64 95 800 71

140063 (500) 100 43 (500) 68 420 47 669 (3000) 735 64 97 894 62 141026 161 292 98 338 417 94 626 40 790 866 924 23 142056 127 61 208 331 613 40 53 81 (1000) 93 143113 467 633 62 709 43 144197 323 42 363 (1000) 608 26 893 (500) 916 21 145164 268 339 476 669 672 146198 204 376 453 (500) 694 661 906 16 147212 42 323 433 62 619 (1000) 22 93 (500) 706 148070 181 63 230 646 900 4 44 76 149230 68 356 627 62 (1000) 637 704 971

150018 227 47 662 60 737 65 646 96 151086 75 247 395 421 (500) 46 83 86 857 777 (5000) 948 (1000) 49 80 152297 367 419 43 86 638 79 96 97 722 31 66 919 64 153081 (500) 94 238 377 446 613 92 602 51 (1000) 767 874 936 51 80 154061 116 (500) 64 256 642 76 (1000) 754 155121 33 (3000) 318 651 (1000) 642 (1000) 51 949 65 156074 (500) 140 91 (1000) 248 (3000) 93 330 26 93 441 606 14 157013 31 128 48 77 99 285 396 662 730 917 29 158001 121 489 694 (1000) 66 62 68 668 (500) 734 159046 187 221 394 682 660 719 910

160104 94 336 683 660 161098 333 446 70 512 36 627 888 162399 636 68 93 (500) 601 713 26 972 59 163036 489 509 (1000) 21 36 763 807 906 69 71 164008 20 203 86 326 58 430 21 772 (1000) 85 867 959 52 165017 64 110 73 99 416 (3000) 71 608 39 166207 339 (500) 444 (500) 607 841 49 917 167008 36 64 109 249 (300) 71 314 68 72 (1000) 88 636 (500) 77 667 74 974 (500) 168030 139 73 (1000) 86 434 726 922 64 (500) 169137 96 489 96 831 951

170086 79 610 73 786 862 171286 401 (3000) 83 675 81 611 60 928 (500) 172167 209 367 96 786 68 (1000) 96 173204 70 379 487 601 16 660 73 (500) 774 814 174099 191 (1000) 276 303 72 545 844 994 175028 250 74 81 366 667 622 723 (1000) 28 887 900 23 176045 188 (3000) 260 93 607 86 740 844 931 177062 78 (500) 116 486 621 750 931 61 178060 94 609 38 69 679 898 637 59 179022 90 156 72 90 99 632 62 601 (1000) 55 721 967

180043 106 690 928 86 181129 80 390 447 680 634 40 69 966 80 182100 (1000) 248 89 (1000) 69 416 676 607 (500) 774 89 (500) 869 183096 196 228 368 76 60 84 (500) 486 677 747 (1000) 66 88 86 966 91 184017 299 360 60 (500) 522 663 78 185172 92 462 98 603 740 48 61 72 862 93 186033 61 134 346 606 (1000) 28 (500) 776 79 187069 632 39 670 930 188220 394 610 686 806 903 17 189406 (500) 667 (500) 733

190044 177 281 618 52 702 (3000) 76 853 77 933 69 191043 91 110 200 (3000) 320 445 668 780 867 (3000) 192130 404 520 664 967 90 193156 425 44 64 618 (1000) 36 661 684 987 194006 284 396 474 666 961 78 195004 (1000) 121 347 668 80 53 617 705 44 800 63 14 962 196038 365 466 99 808 29 40 777 808 197048 76 404 618 78 631 730 809 912 198006 121 264 328 429 713 868 934 199196 333 610 22 31 674 (3000) 760

200107 71 203 96 306 435 36 47 66 (1000) 619 738 46 63 968 49 201195 293 339 44 46 437 61 618 35 40 762 948 202078 202 44 (1000) 851 865 203136 243 (1000) 64 329 44 827 816 89 204014 16 73 334 61 82 644 76 796 99 659 205128 66 441 49 97 572 796 643 964 69 206279 336 68 623 706 906 207009 247 404 88 89 686 608 208097 414 676 732 884 95 936 209166 29 69 308 22 (1000) 62 844 839 97

210130 228 348 630 743 66 69 907 (500) 63 211237 375 428 564 89 96 616 62 720 897 212059 138 61 328 39 46 69 413 701 213335 43 430 516 19 214113 64 442 52 511 (1000) 24 603 37 (500) 61 766 215101 60 343 690 (800) 670 (3000) 743 216104 336 438 63 627 32 (3000) 689 818 (500) 96 933 217152 273 81 323 62 491 616 24 41 47 673 840 903 15 218067 164 414 602 47 63 744 219103 16 202 6 32 368 66 75 (1000) 433 643 837

220069 163 63 204 16 36 64 66 60 809 80 716 894 221040 81 104 226 416 (3000) 810 68 (1000) 222167 286 369 401 20 43 (1000) 562 66 92 712 87 871 223194 247 382 630 60 62 224028 83 294 303 44 444 80 (500) 676 727 62 926 225075 161 71 79 242 (3000) 88 385 (500) 471 (500) 549 58 868 (1000) 988 226281 428 626 77 741 93 673 86 227099 115 21 68 417 606 720 (500) 803 36 78 228085 (3000) 113 267 (1000) 479 643 784 893 926 61 (1000) 229430 673 666 (1000) 90 703

230060 175 419 809 96 610 71 85 713 923 231044 66 71 (500) 90 96 168 200 (500) 79 329 446 66 669 (1000) 722 38 (500) 66 862 232063 166 76 364 601 72 669 739 986 233002 32 310 796 (500) 801 (1000) 941

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Wielepp, Neukölln. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.